

HINTERGRUNDPAPIER

Klimaaußenpolitik für Sicherheit, Wohlstand und Gerechtigkeit

Vera Künzel, Laura Schäfer, Alexandra Goritz, Lutz Weischer, Christoph Bals



Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
AStV	Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten
AU	Afrikanische Union
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
BMF	Bundesfinanzministerium
BMUV	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
BMWK	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CBAM	Carbon Border Adjustment Mechanism (europäisches CO ₂ -Grenzausgleichssystem)
CDRFI	Climate and Disaster Risk Finance and Insurance
CEM	Clean Energy Ministerial
CHR	Commission on Human Rights (philippinische Menschenrechtskommission)
dena	Deutsche Energie-Agentur
EAD	Europäischer Auswärtiger Dienst
EGD	European Green Deal
EU	Europäische Union
GCM	Global Compact for Migration
GIZ	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
HRW	Human Rights Watch
IDDI	Industrial Deep Decarbonization Initiative
IEA	International Energy Agency
IGP	InsuResilience Global Partnership
IKI	Internationale Klimaschutzinitiative
IMEC	India-Middle East-Europe Economic Corridor

IMRF	International Migration Review Forum
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
IRENA	International Renewable Energy Agency
IWF	Internationaler Währungsfonds
JETP	Just Energy Transition Partnership
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
MEB	Multilaterale Entwicklungsbanken
MENA	Middle East and North Africa
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NDC	Nationally Determined Contribution
ODI	Overseas Development Institute
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
SDGs	Sustainable Development Goals
SZR	Sonderziehungsrechte
TC	Transitional Committee
UN	United Nations
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change
WRI	World Resources Institute

Zusammenfassung

Eine neue Klimaaußenpolitik für eine neue Zeit

Die fortschreitende Klimakrise und die daraus folgenden existenziellen Gefahren erfordern eine neue Klimaaußenpolitik. Diese sollte Sicherheit, den Schutz der Menschenrechte und den Wohlstand Deutschlands, der EU und der Partnerländer gewährleisten. Wenn Deutschland einen angemessenen Beitrag zum Erreichen der Pariser Ziele und der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) leisten will, ist – neben einer ambitionierten Steigerung der Klimaschutzmaßnahmen im eigenen Land und einer ausreichenden internationalen Klimafinanzierung – ein strategischer Neustart der deutschen Klimaaußenpolitik aus einem Guss, unter Einbeziehung aller relevanten Ministerien, unabdingbar.

Handlungsfelder für eine neue Klimaaußenpolitik

Eine neue Klimaaußenpolitik sollte sich auf folgende Handlungsfelder konzentrieren:

Die Klimakrise als Sicherheitsbedrohung angehen. In ihrer Sicherheitsstrategie hat die Bundesregierung die Klimakrise bereits klar als Sicherheitsthema verankert. Aufbauend auf dem bisherigen Engagement Deutschlands auf UN-Ebene (u. a. im Rahmen der Group of Friends for Climate and Security) sollte der Nexus Klima und Sicherheit mit Priorität auf menschlicher Sicherheit auch in weitere Foren eingebracht werden. Die Bundesregierung sollte sich an den Empfehlungen des UN-Sonderberichterstatters für Menschenrechte orientieren. Zusätzlich sollte die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) als regionale Austauschplattform auch Energie- und Klimasicherheit thematisieren und entsprechend umstrukturiert werden.

Ambitionierten Klimaschutz voranbringen. Die Beschleunigung des weltweiten Ausstiegs aus den fossilen Energien sollte ein Kernziel deutscher Klimaaußenpolitik sein. Sie sollte sich dabei an den Meilensteinen der Internationalen Energieagentur (IEA) orientieren: Diese sehen u. a. für Industrieländer einen Kohleausstieg bis 2030 und einen Gasausstieg bis 2040 vor. Daneben sollten Deutschland und die EU Allianzen bilden, um globale Ziele für erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu erreichen. Grenzausgleichmechanismen (wie zum Beispiel der europäische Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM) zur Absicherung der Transformation in der EU sind Instrumente der Klimaaußenpolitik, die besonders sensibel eingesetzt und klar kommuniziert werden müssen, um Konfrontationen mit Partnerländern möglichst zu vermeiden.

Bedarfsgerechte Klimafinanzierung bereitstellen. Deutschland sollte sich für ein neues Paradigma der Klimafinanzierung ab 2025 einsetzen, das sich an den Bedürfnissen der Empfängerländer orientiert und neue Finanzierungsinstrumente nutzt. Zusätzliche Mittel für Klimaschäden und -verluste sind ein weiterer zentraler Punkt, den Deutschland vorantreiben sollte. Zudem sollte Deutschland eine Vorreiterrolle für eine tiefgreifende Reform der internationalen Finanzarchitektur übernehmen, einschließlich einer erhöhten Risikobereitschaft der Entwicklungsbanken, Governance-Reformen, verbesserter Transparenz sowie der zügigen und ambitionierten Einführung innovativer globaler Abgaben, beispielsweise für den Flug- und Schiffsverkehr.

Verwundbarsten beim Umgang mit den Folgen des Klimawandels unterstützen. Die derzeitige internationale Architektur des Klimarisikomanagements ist für die Bewältigung der Klimakrise noch unzureichend. Ein historischer Durchbruch stellt der auf dem 27. Weltklimagipfel (COP27) beschlossene Fonds für den Umgang mit Klimaschäden und -verlusten dar. Bei seiner Operationalisierung und seiner Befüllung sollte Deutschland eine progressive Rolle einnehmen, indem es unter anderem einem dem Finanzbedarf angemessenen Beitrag an Zuschussfinanzierung bereitstellt – Schätzungen zufolge werden ab 2030 bis zu 580 Milliarden US-Dollar jährlich benötigt. Zudem sollte Deutschland sich für eine bedarfsgerechte Verteilung der Mittel und die Einbeziehung innovativer Finanzierungsquellen einsetzen. Neben dem neuen Fonds ist der Globale Schutzschirm gegen Klimarisiken ein vielversprechender Ansatz, um die am stärksten gefährdeten Menschen, Regionen und Länder zu unterstützen.

Öffentliche und private Finanzflüsse Paris-kompatibel gestalten. Die deutsche Bundesregierung hat die Wichtigkeit des Themas „Sustainable Finance“ erkannt – die bisherigen Strategien und Maßnahmen erscheinen jedoch noch oberflächlich. So ist Deutschland die Bedeutung von Transitionsplänen für Unternehmen mit meilensteinorientierten CO₂-Reduktionszielen bis hin zur Treibhausgasneutralität bis 2045 noch nicht bewusst. Weitere wichtige Ziele sind die Umgestaltung der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zu einer Transformationsbank und die Ausrichtung der bilateralen Finanzierung an den Zielen des Pariser Abkommens.

Lösungen für klimabedingte menschliche Mobilität unterstützen. Die Auswirkungen des Klimawandels auf die menschliche Mobilität werden immer deutlicher. So nimmt die Zahl klimabedingter Vertreibungen innerhalb von Staaten zu. Dies erfordert eine verstärkte deutsche Klimaaußenpolitik, um den Verpflichtungen im Rahmen internationaler Abkommen und Gremien zur Unterstützung von klimabedingt Vertriebenen und Migrant:innen nachzukommen, wie dem Globalen Migrationspakt und der Task Force on Displacement im Kontext der Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC). Ein zentraler Fokus sollte dabei auf dem Schutz und der präventiven Unterstützung der betroffenen Menschen liegen.

Neben den einzelnen Handlungsfeldern und kurz- und mittelfristigen Schwerpunkten sollte die deutsche Klimaaußenpolitik auf übergreifenden **Werten und Prinzipien** basieren: Sie sollte menschenrechtsbasiert und gendertransformativ, wissenschaftsbasiert und wirkungsorientiert, vorausschauend und langfristig sowie partizipativ, partnerschaftlich und in einen europäischen Ansatz eingebettet sein.

Strategische Ansätze mit Ländern und Regionen

Partnerschaften: Eine sozial gerechte Energiewende unterstützen und Resilienz stärken. Bei der Koordination und Umsetzung von Partnerschaften, sollten die verschiedenen Ressorts als „Team Deutschland“ im Rahmen eines „Whole of Government“-Ansatzes eng zusammenarbeiten. Hier gilt es vor allem, einerseits mit stark emittierenden Ländern zusammenzuarbeiten, um eine faire und zügige Transformation der Energiesysteme zu fördern, und andererseits mit verwundbaren Ländern, um sie bei der Bewältigung von Klimaschäden und -verlusten zu unterstützen. Auch im UNFCCC-Kontext sollte Deutschland die Zusammenarbeit der EU mit progressiven und vulnerablen Entwicklungsländern vorantreiben. Rohstoffpartnerschaften sind ein weiteres wichtiges Instrument, insbesondere um resiliente Lieferketten aufzubauen und einen Zugang zu den wichtigen Ressourcen für die Energiewende zu erhalten. Diese sollten jedoch auf den Prinzipien der Kreislaufwirtschaft und der Entwicklung von Wertschöpfungsketten in den Partnerländern basieren.

China. Die Bundesregierung hat angesichts der geopolitischen Entwicklungen und des schwieriger werdenden Verhältnisses mit China eine neue China-Strategie entwickelt und im Juli 2023 vorgestellt. Bei der Bewältigung der globalen Klimakrise sind Dialog und Zusammenarbeit mit China als größtem Emittenten wichtig. Gleichzeitig müssen chinesische Praktiken angesprochen werden, die einen fairen Wettbewerb verhindern, zum Beispiel um grüne Technologien und die dafür notwendigen Rohstoffe. Deutschland sollte seine Abhängigkeit von China bei kritischen Technologien reduzieren, ohne dabei jedoch eine vollständige Entkopplung anzustreben. Dafür sollte die China-Klimapolitik auf einem intensiven Dialog mit China, einer ambitionierten und glaubwürdigen Klima- und Industriepolitik in Deutschland sowie intensiverer Zusammenarbeit mit Drittstaaten basieren. So kann sich Deutschland für eine Erhöhung der Klimaambitionen Chinas einsetzen. Die Zusammenarbeit zwischen der EU und China bei Infrastruktur-Initiativen kann ebenfalls Teil der Strategie sein. Dies erfordert eine klare Kommunikation der europäischen Erwartungen an China in Bezug auf soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards.

Indien. Indien hat sich ehrgeizige Ziele in den Bereichen Erneuerbare Energien, grüner Wasserstoff und grüner Stahl gesetzt, ist aber aufgrund der hohen Bevölkerungsdichte und des mangelnden Risikomanagements gleichzeitig sehr anfällig für die Folgen des Klimawandels. Zwischen Deutschland und Indien wurde 2022 die umfassende „Partnerschaft für grüne und nachhaltige Entwicklung“ etabliert, welche einen Meilenstein in der Klimakooperation zwischen den beiden Ländern sein könnte. Die Transparenz und Rechenschaftspflicht dieser Partnerschaft sind dabei von entscheidender Bedeutung. Eine breitere multilaterale Partnerschaft zwischen Indien und bspw. der G7 könnte ebenfalls großes Potential für eine emissionsarme Entwicklung Indiens bieten.

Afrikanische Länder. Der Kontinent hat einen erheblichen Bedarf an Investitionen in Erneuerbare Energien, um die Stromversorgung und den Zugang zu Elektrizität in allen Ländern flächendeckend zu verbessern und eine sozial gerechte Energiewende umzusetzen. Die Just Energy Transition Partnerships (JETPs) könnten dabei ein wichtiges Instrument sein. Zudem ist es entscheidend, den Fokus auf den Zugang zu Strom aus Erneuerbaren Energien zu legen, insbesondere in Ländern mit geringen Emissionen und hohem Potential für einen direkten Übergang zu Erneuerbaren Energien ohne fossile Energien („Leapfrogging“). Neben den Energiepartnerschaften sind Anpassungsmaßnahmen für afrikanische Länder zentral und müssen von Deutschland vermehrt unterstützt werden. Sämtliche Partnerschaften sollten die Bedürfnisse der afrikanischen Bevölkerung immer in den Vordergrund stellen und die Beteiligung der Zivilgesellschaft fördern.

Lateinamerika. Seit den Wahlen in mehreren lateinamerikanischen Ländern gibt es wieder verstärkt gemeinsame Interessen und Werte in den Bereichen Umweltschutz, Menschenrechte und Demokratieförderung. Durch Präsident Lula hat Brasilien in der globalen Klimapolitik wieder an Gewicht gewonnen und das Land wird 2024 die G20-Präsidentschaft übernehmen und 2025 Gastgeber der COP30 sein. Deutschland hat mit Brasilien bereits einen Dialog für ambitionierten Klimaschutz ins Leben gerufen. Zudem wurde eine bilaterale Klima- und Energiepartnerschaft zwischen Deutschland und Kolumbien vereinbart, um den Ausbau Erneuerbarer Energien und den Schutz der Biodiversität voranzutreiben. Eine JETP mit Kolumbien, die einen fairen Kohleausstieg und eine nachhaltige Wertschöpfung fördert, könnte ein nächster Schritt sein. Anstatt ein unverändertes Handelsabkommen zwischen EU und den Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay) zu ratifizieren, das den Handel auch mit potentiell klimaschädlichen Produkten (Soja, Rindfleisch, Verbrennerautos) weiter erleichtern würde, sollte die Bundesregierung eine umfassende Transformationspartnerschaft anstreben, die Handel und Investitionen für das gemeinsame Ziel der Dekarbonisierung und Klimaneutralität nutzbar macht. Zumindest sollte in der Beziehung zu den Mercosur-Staaten durch ein wirksames, wechselseitiges Waldschutzabkommen der Erhalt wichtiger Kohlenstoffsinken in Lateinamerika und Europa befördert werden.

Östliche Nachbarschaft der EU. Deutschland sollte im Rahmen seiner Klimaaußenpolitik die Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarn der EU ausbauen. Dies umfasst sowohl EU-Beitrittskandidaten als auch Länder in der EU-Nachbarschaft ohne Beitrittsperspektive. Die Ziele sind die sozial verträgliche Umsetzung des European Green Deal, die Stärkung der Energiesicherheit durch den Ausbau Erneuerbarer Energien und Energieeffizienz, die wirtschaftliche und soziale Stabilisierung der Nachbarschaft sowie die klima- und energiepolitische Unterstützung der Staaten bei der Vorbereitung auf den EU-Beitritt. Schwerpunktländer für Klimapartnerschaften sind derzeit die sechs Staaten des Westbalkans, die Ukraine und Moldau. Deutschland sollte ebenfalls die Zusammenarbeit mit anderen Ländern in der Region, wie dem Südkaukasus und Zentralasien, in Betracht ziehen.

Öl- und gasexportierende Länder. Ziel der Zusammenarbeit mit fossilen Exportländern sollte sein, alternative Wirtschaftsperspektiven zu fördern, um den Übergang von fossil basierten Handelsbeziehungen in die wirtschaftliche Zukunft dieser Länder mitzugestalten. Für eine erfolgreiche Kooperation ist ein partnerschaftlicher Ansatz erforderlich, der die ökonomischen Ziele Deutschlands und der EU zum Gegenstand des Dialogs macht. Zusätzlich sollte der Fokus auf der Förderung komplexerer Lieferketten liegen, anstatt nur den Wechsel von Öl zu grünem Wasserstoff zu betonen. Für die Förderung demokratischer Strukturen spielt die Einbeziehung der Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle.

Strukturelle Bedingungen für eine erfolgreiche Klimaaußenpolitik

Gemeinsames Verständnis der Bedeutung klimaaußenpolitischer Ziele. Die Ampelkoalition hat sich zu einer kohärenten und zielorientierten Klimaaußenpolitik bekannt. Sie strebt eine ressortübergreifende Zusammenarbeit an, um die internationale Kohärenz ihres Handelns zu erhöhen und die Ziele des European Green Deal, der Agenda 2030 und des Pariser Klimaabkommens zu unterstützen. Eine gemeinsame ressortübergreifende Strategie, die die unterschiedlichen Kompetenzen, Expertisen und Zugänge der verschiedenen Ministerien integriert, Synergien nutzt und sich an konkreten Zielen orientiert, ist notwendig und wird für Dezember 2023 erwartet.

Funktionierende Strukturen für Koordination und Umsetzung. Die deutsche Klimaaußenpolitik erfordert eine effektive Zusammenarbeit verschiedener Ministerien im Rahmen eines „Whole of Government“-Ansatzes. Dies betrifft insbesondere das Auswärtige Amt (AA), das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) sowie das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV). Obwohl bereits neue Strukturen zur Zusammenarbeit geschaffen wurden, besteht noch Spielraum für eine weitere Intensivierung und innovative Formen der Kooperation. Dies könnte beispielsweise durch die Einrichtung eines ressortübergreifenden Arbeitsstabs und/oder eines gemeinsam verwalteten Fonds für Klimapartnerschaften geschehen. Weitere Ministerien wie das Bundesfinanzministerium und das Bundeskanzleramt sollten ebenfalls in geeigneter Weise in die Koordinationsstruktur einbezogen werden, gegebenenfalls auch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) und das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), um eine kohärente und effektive Klimaaußenpolitik sicherzustellen. Eine regelmäßige Runde aller beteiligten Ressorts zum Thema Klimaaußenpolitik – als klimaaußenpolitische Formation des Klimakabinetts – könnte die Zusammenarbeit fördern.

Verankerung in der EU. Die Verankerung der deutschen Klimaaußenpolitik in der EU ist entscheidend, um ein koordiniertes Vorgehen zu ermöglichen, Synergieeffekte zu erzielen und die EU als Akteur im globalen Klimaschutz zu stärken. Deutschland sollte eine Initiative zur Aufwertung der Klimaaußenpolitik der EU starten, die bessere Koordinationsmechanismen, personelle und finanzielle Unterstützung sowie eine Stärkung der klimapolitischen Kompetenz in den Auslandsvertretungen beinhaltet. Insgesamt sollte Deutschland sowohl auf die Zusammenarbeit im Rahmen der EU als auch auf bilaterale Koalitionen mit anderen europäischen Mitgliedstaaten setzen, um konkrete Klimaziele effektiv und ambitioniert umzusetzen.

Impressum

Autor:innen:

Vera Künzel, Laura Schäfer, Alexandra Goritz, Lutz Weischer, Christoph Bals

Mit Beiträgen von (in alphabetischer Reihenfolge):

Verena Allert, Leonie Beaucamp, Oldag Caspar, David Eckstein, Julia Grimm, Christoph Hoffmann, Maryna Larina, Lukas Latz, Kerstin Opfer, Lisa Schultheiß, Rixa Schwarz, David Ryfisch, Martin Voß

Redaktion:

Germanwatch e. V.

Herausgeber:

Germanwatch e. V.

Büro Bonn:

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Telefon +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Büro Berlin:

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

Telefon +49 (0)30 / 5771328-0, Fax -11

Internet: www.germanwatch.org

E-Mail: info@germanwatch.org

Oktober 2023

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter:

www.germanwatch.org/de/89800

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis.....	2
1 Warum: Eine neue Klimaaußenpolitik für eine neue Zeit	10
1.1 Klimaaußenpolitik für eine sicherere Welt.....	11
1.2 Klimaaußenpolitik als Antwort auf den Kampf um die Ressourcenrente.....	12
1.3 Klimaaußenpolitik für wirksameren Klimaschutz	13
1.4 Klimaaußenpolitik für Menschenrechte und globale Gerechtigkeit.....	14
1.5 Klimaaußenpolitik für den Wohlstand von heute und morgen	15
1.6 Klimaaußenpolitik als Beitrag zum Erfolg des europäischen Projekts	16
2 Was: Handlungsfelder einer wirksamen Klimaaußenpolitik.....	17
2.1 Prinzipien für alle Handlungsfelder	17
2.2 Die Sicherheitsbedrohung der Klimakrise angehen	17
2.3 Ambitionierten Klimaschutz voranbringen	19
2.4 Bedarfsgerechte Klimafinanzierung bereitstellen.....	22
2.5 Die Verwundbarsten bei der Bewältigung des Klimawandels unterstützen	24
2.6 Lösungen für klimabedingte menschliche Mobilität unterstützen	25
2.7 Öffentliche und private Finanzflüsse Paris-kompatibel gestalten	26
3 Wo: Strategische Ansätze mit Ländern und Regionen	28
3.1 Partnerschaften: Eine sozial gerechte Energiewende unterstützen und Resilienz stärken....	28
3.2 Eine realistische China-Klimapolitik.....	29
3.3 Indien.....	31
3.4 Afrikanische Länder	32
3.5 Lateinamerika	33
3.6 Östliche Nachbarschaft der EU.....	34
3.7 Unterstützung der Transformation zusammen mit den fossilen Exportländern	36
4 Wie: Strukturelle Bedingungen für eine erfolgreiche Klimaaußenpolitik	37
4.1 Gemeinsames Verständnis der Bedeutung und Ziele von Klimaaußenpolitik.....	37
4.2 Klare Strategie.....	37
4.3 Funktionierende Strukturen für Koordination und Umsetzung	39
4.4 Verankerung in der EU.....	40
5 Ausblick	42
Literaturverzeichnis	43

1 Warum: Eine neue Klimaaußenpolitik für eine neue Zeit

In einer Zeit multipler und miteinander verflochtener Krisen rücken Stabilität und Sicherheit weltweit in den Vordergrund. Seit Februar 2022 missachtet Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine das Völkerrecht und fordert den Multilateralismus heraus. In der öffentlichen Debatte stehen so heute Aspekte der militärischen Sicherheit und der Energiesouveränität im Vordergrund. Gleichzeitig bedrohen die Auswirkungen des Krieges weiterhin die Ernährungs- und Energiesicherheit, insbesondere im Globalen Süden. Diese zusätzlichen Bedrohungen treffen auf eine Weltlage, die ohnehin schon von Krisen geprägt ist: eine verschärfte Schuldenkrise, die Langzeitfolgen der Pandemie und die anhaltende Krise globaler Ungleichheit – um nur einige zu nennen. Und all diese Krisen fallen zusammen mit der wohl größten Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen und der internationalen Sicherheit: der Klimakrise. Eine neue Zeit ist angebrochen – und diese erfordert eine neue Klimaaußenpolitik.

Seit dieser „Zeitenwende“ bestehen die zentralen Aufgaben der internationalen Politik darin, erstens die Krisen so weit wie möglich zu entschärfen, zweitens die menschliche Sicherheit zu schützen und drittens die regelbasierte internationale Zusammenarbeit zu stärken. Klimaaußenpolitik kann zu allen drei Aufgaben einen entscheidenden Beitrag leisten. Die Bewältigung der Klimakrise muss daher zu einem Schwerpunkt in allen Bereichen der internationalen Politik werden (das heißt in der Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs-, Außenwirtschaftspolitik und so weiter). In dem vorliegenden Papier betrachten wir Klimaaußenpolitik in diesem umfassenden Sinne. Dieses Verständnis geht weit über die bisherige Klimadiplomatie hinaus, bei der es vor allem um die internationalen Klimakonferenzen im Rahmen der UN-Klimarahmenkonvention und ihre Vor- und Nachbereitung ging. Eine solche umfassende Klimaaußenpolitik ist seit der „Zeitenwende“ mehr denn je unverzichtbarer Bestandteil einer wirksamen internationalen Politik.

Vor diesem Hintergrund ist es richtig, dass die Bundesregierung der Klimakrise in der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie einen zentralen Stellenwert einräumt und darüber hinaus an der ersten Strategie für eine deutsche Klimaaußenpolitik arbeitet. Wie eng diese Strategien verknüpft sind, betonte auch Bundesaußenministerin Annalena Baerbock bei der Auftaktveranstaltung zur Entwicklung einer Nationalen Sicherheitsstrategie: „Deswegen ist Klimaaußenpolitik ein integraler Bestandteil unserer Sicherheitsstrategie. Jede Tonne weniger CO₂, jedes Zehntelgrad weniger an Erderwärmung ist ein Beitrag zur menschlichen Sicherheit.“¹

Im vorliegenden Papier zeigen wir, *warum* eine neue Klimaaußenpolitik erforderlich ist (Kapitel 1), *was* für Ziele sie in einzelnen Themenfeldern (Kapitel 2) sowie Ländern und Regionen (Kapitel 3) verfolgen sollte und *wie* sie innerhalb der Bundesregierung organisiert werden sollte, um einen möglichst wirksamen Beitrag zur globalen Klimasicherheit leisten zu können (Kapitel 4).

¹ Baerbock, 2022, [Rede von Außenministerin Annalena Baerbock zur Entwicklung einer Nationalen Sicherheitsstrategie](#).

1.1 Klimaaußenpolitik für eine sicherere Welt

Die Klimakrise hat eine Phase erreicht, in der der Klimawandel nicht mehr nur als Risikoverstärker für Sicherheits- und Konfliktlagen gesehen wird, sondern auch zu disruptiven Störungen in kleineren und größeren Regionen beiträgt. Dies belegt die Wissenschaft unter anderem im sechsten Sachstandsbericht des Weltklimarats (IPCC)² und in der Forschung zu Kippelementen im Klima.³ Eine kürzlich erschienene Studie führender Klimawissenschaftler:innen weist zudem explizit auf die möglichen Auswirkungen eines ungebremsten, katastrophalen Klimawandels auf die Gesellschaft hin und ruft zu einem besseren Risikomanagement auf.⁴ Auch bei politischen Entscheidungsträger:innen ist das Bewusstsein gestiegen, dass wir es bei der Klimakrise mit einer „existentiellen Bedrohung“ (UN-Generalsekretär Guterres)⁵ und dem „größten Sicherheitsrisiko unserer Zeit“ (Bundesaußenministerin Annalena Baerbock)⁶ zu tun haben. Dies führt zu einer stärkeren Gewichtung von Klimarisiken auch in der Sicherheitspolitik, etwa durch die NATO in ihrem neuen strategischen Konzept⁷ oder in der Nationalen Sicherheitsstrategie.⁸

Klimasicherheit lässt sich nur kooperativ und mit nicht-militärischen Mitteln erreichen. Das Interesse an Klimasicherheit ist derzeit einer der stärksten Garanten für eine regelbasierte Außenpolitik, die darauf abzielt, Sicherheit auf der Grundlage gemeinsamer Interessen an einem stabilen Klima kooperativ oder sogar gemeinsam zu organisieren, wie es auch in der UN-Charta verankert ist. Deshalb versuchen etwa China, die USA und die EU im Klimabereich auf Kooperation oder auch auf Wettbewerb, nicht aber auf Konfrontation zu setzen. Auch Ernährungs-, Wasser- und Gesundheits-sicherheit lassen sich nur kooperativ herstellen. Auf diese Weise kann ein starkes Gegengewicht zu Russland entstehen, das versucht, an dem Sicherheitsparadigma des 19. Jahrhunderts festzuhalten: Dieses Paradigma respektiert nicht die Souveränität der Staaten, sondern ordnet jedem Staat den Einflussbereich eines Hegemons zu, der mit anderen Hegemonen im Konflikt lebt und seinen Herrschaftsbereich durch Stellvertreterkriege zu erweitern sucht.

Die Klimaaußenpolitik spielt eine entscheidende Rolle als Wegbereiter für das Paradigma des kollektiven beziehungsweise gemeinsamen Sicherheitsbegriffs, dem sich die UN und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) verpflichtet haben. Insbesondere die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens stellt die Agilität der vom Völkerrecht geprägten Weltordnung zunehmend auf die Probe. Klimasicherheit ist eng mit Fragen der Energie-, Ernährungs- und Wassersicherheit verknüpft. Es ist deshalb entscheidend, dass die Bemühungen zur Eindämmung eines Risikos nicht gleichzeitig zu einer Eskalation anderer Sicherheitsrisiken führen. Ein Beispiel hierfür wäre eine Strategie zur Energie- und Ernährungssicherheit, die als Nebeneffekt die 1,5-Grad- oder gar 2-Grad-Grenze des globalen Temperaturanstiegs überschreitet und damit die Brisanz der größten Sicherheitsbedrohung, der Klimakrise, dramatisch erhöhen würde.

Darüber hinaus eröffnet die Klimaaußenpolitik die Möglichkeit einer begrenzten und fokussierten Zusammenarbeit mit Staaten, mit denen eine Kooperation ansonsten schwierig erscheint. Sie ist damit ein wesentliches Element weltweiter Friedensdiplomatie. Dies zeigt sich insbesondere in Bezug auf China, könnte aber auch ein Ansatzpunkt für eine neue Friedensordnung nach dem Ende des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine sein. Die – für die Sicherheit aller Menschen – notwendige Kooperation beim Klimaschutz kann somit dazu beitragen, bestehende Spannungen abzubauen und eine gemeinsame Basis für eine globale Friedensinitiative zu schaffen.

² IPCC, 2022, [Climate Change 2022: Impacts, Adaptation and Vulnerability](#).

³ Armstrong McKay et al., 2022, [Exceeding 1.5°C Global Warming Could Trigger Multiple Climate Tipping Points](#).

⁴ Kemp et al., 2022, [Climate Endgame: Exploring catastrophic climate change scenarios](#).

⁵ United Nations, 2018, [Climate Change: An 'Existential Threat' to Humanity. UN Chief Warns Global Summit](#).

⁶ Auswärtiges Amt, 2022, [Rede von Außenministerin Annalena Baerbock zur Eröffnung des Petersberger Klimadialogs](#).

⁷ NATO, 2022a, [NATO releases its Climate Change and Security Impact Assessment](#).

⁸ Bundesregierung, 2023, [Integrierte Sicherheit für Deutschland – Nationale Sicherheitsstrategie](#).

In ihrer ersten Sicherheitsstrategie erkennt die Bundesregierung die Klimakrise als eine zentrale sicherheitspolitische Herausforderung an und betont die Notwendigkeit, sowohl die Ursachen als auch die Auswirkungen der Klimakrise zu bekämpfen.⁹ Sie verfolgt dabei einen integrativen Ansatz, bei dem Sicherheit und Klimaschutz Hand in Hand gehen. Die Anerkennung, dass Klima untrennbar mit Sicherheit verbunden ist, ist ein großer Fortschritt.

1.2 Klimaaußenpolitik als Antwort auf den Kampf um die Ressourcenrente

Die Klimakrise wird maßgeblich von Energieunternehmen und Staaten vorangetrieben, die sich vor allem durch Einnahmen aus fossilen Energien finanzieren. Im letzten Jahr verzeichneten diese fossilen Akteure Rekordeinnahmen.^{10, 11} Die großen Ölkonzerne konnten ihre Gewinne auf über 219 Milliarden US-Dollar verdoppeln, aber auch autoritäre und repressive Staaten haben so ihre Staatskassen gefüllt. Anstatt hin zu einer grünen und resilienten Transformation sind die Finanzströme somit in Richtung fossiler Unternehmen und Staaten geflossen.

Russland und der Iran sind Beispiele für Regime, die mit den fossilen Gewinnen Repressionen und Terror innerhalb und außerhalb ihrer Staatsgrenzen finanzieren. Russland nutzt die enormen finanziellen Einnahmen aus dem Export fossiler Energieträger, um seinen Angriffskrieg in der Ukraine seit bereits über eineinhalb Jahren fortzusetzen. Das Regime im Iran finanziert mit den fossilen Einnahmen die Revolutionsgarden, die gegen die eigene Bevölkerung, insbesondere gegen Frauen und Mädchen und ihre Rechte und Freiheiten, kämpfen, genauso wie die Terrororganisation Hamas. Die fossilen Ressourcen ermöglichen es den iranischen Machthabern, im Inland repressive Maßnahmen aufrechtzuerhalten und jegliche Ansätze für soziale Gerechtigkeit und Gleichberechtigung zu unterdrücken sowie international Bürgerkriege und Konflikte – etwa im Libanon – zu befeuern, Terrorakte der Hamas gegen Israel zu finanzieren und nach eigenen Angaben „abweichlerische Bewegungen“ auch im Ausland zu unterbinden.¹² Amnesty International¹³ und Human Rights Watch (HRW)¹⁴ werfen den Revolutionsgarden schwere Menschenrechtsverletzungen wie Folter, Verschleppung und gezielte Tötungen vor.¹⁵

Auch diese Tendenzen zeigen, dass es über die Eindämmung der Klimakrise hinaus gute Gründe gibt, so schnell wie möglich unabhängig von fossilen Energien zu werden. Denn die Abhängigkeit von fossilen Energieimporten aus autokratischen Staaten liefert diesen die nötigen Mittel, weiterhin Menschenrechte zu missachten, Kriege zu führen und progressive soziale Entwicklungen sowie Klimamaßnahmen zu verhindern. Eine ambitionierte Klimaaußenpolitik, die sich für den schnellen Ausbau von Erneuerbaren Energien weltweit einsetzt, Instrumente wie den CO₂-Preis auf eine gerechte Art und Weise unterstützt und die übermäßigen Profite von fossilen Unternehmen ins Visier nimmt, ist ein wichtiger Ansatz, um die eigene Abhängigkeit von den fossilen Staaten und Unternehmen zu durchbrechen und deren Profite zu schmälern. Die Internationale Energieagentur (IEA) prognostiziert, dass die Nachfrage nach Erdöl, Erdgas und Kohle bereits 2023 ihren Höhepunkt erreichen könnte und danach zurückgehen werde.¹⁶ Der rasche Ausbau Erneuerbarer Energien und die Verbreitung von Elektrofahrzeugen seien zwei der Hauptgründe für diesen Wandel. IEA-Chef Fatih Birol kommentierte die Prognosen in einem Gastbeitrag für die Financial Times wie folgt: „Wir erleben den Anfang vom Ende der Ära der fossilen Brennstoffe, und wir müssen uns auf die nächste Ära vorbereiten.“¹⁷

⁹ Bundesregierung, 2023, [Integrierte Sicherheit für Deutschland – Nationale Sicherheitsstrategie](#).

¹⁰ Handelsblatt, 2022, [Öl-Konzerne machen enorme Gewinne – und investieren weiter in fossile Energien](#).

¹¹ Capital, 2023, [Ölmultis melden Rekordgewinne – doch ein Ende scheint nah](#).

¹² Bolliger, 2023, [Sollten Irans Revolutionswächter auf die EU-Terrorliste?](#)

¹³ Mottale, 2013, [The Birth of a New Class](#).

¹⁴ Human Rights Watch, 2019, [World Report 2019: Rights Trends in Iran](#).

¹⁵ Center for Human Rights in Iran, 2019, [Revolutionary Guards Arrest 11 Arab-Iranian Flood Volunteers in Khuzestan Province](#).

¹⁶ IEA, 2023, [World Energy Outlook](#).

¹⁷ Birol, 2023, [Peak Fossil Fuel Demand Will Happen this Decade](#).

Für öl- und gasimportierende Länder, die möglichst schnell von diesen Importen unabhängig werden wollen, ist es sinnvoll, sich zu koordinieren. Relevante Länder könnten neben der EU zum Beispiel Indien, Japan und Südkorea, aber auch ärmere Importeure sein. Wichtig ist, dass die OPEC plus – die Organisation erdölexportierender Länder und kooperierender Partner – sie in den Verhandlungen nicht gegeneinander ausspielen kann. Nach dem Peak der fossilen Energieträger ist zudem mit einer Phase starker Preisschwankungen auf dem Weltenergiemarkt zu rechnen. Um diese wirtschaftlichen Unsicherheiten einzudämmen und einen „fossilen Rebound-Effekt“ – also ein erneutes Erstarken fossiler Energien – in Zeiten niedriger Preise für fossile Energieträger zu vermeiden, könnten diese Länder einen atmenden Zoll oder CO₂-Preis einführen: der Zoll oder die Abgabe sind hoch, wenn der Öl- und Gaspreis niedrig ist und umgekehrt. Der Preis, den Verbraucher und Wirtschaft zahlen, wird so stabilisiert. Dies würde zusätzliche Mittel generieren, um beispielsweise Investitionen in Alternativen zu Öl und Gas oder einen sozialen Ausgleich in Zeiten sehr hoher Energiepreise zu finanzieren. Gleichzeitig könnten diese Länder ein gemeinsames Interesse daran haben, nicht in eine zu einseitige Abhängigkeit von Rohstoffen oder Technologien zu geraten, die für die Transformation notwendig sind. Als Gegenstrategie könnten sie auf eine Kombination aus diversifizierten Lieferländern und Kreislaufwirtschaft setzen. Warum nicht eine OPGIC, also eine Organisation der erdöl- und erdgasimportierenden Länder?

1.3 Klimaaußenpolitik für wirksamere Klimaschutz

Deutschland und die EU haben sich zur Klimaneutralität verpflichtet. Ob bis 2045 im Fall von Deutschland oder bis 2050 im Fall der gesamten EU – die Richtung ist klar: eine dekarbonisierte und resiliente Gesellschaft. Diese Ziele reichen allerdings nicht aus um einen gerechten Beitrag zu leisten, da das Budget von Deutschland und der EU bis dahin längst aufgebraucht sein wird. Ein zentrales Element der deutschen Klimaaußenpolitik ist deshalb die Unterstützung eines wirksamen und sozial verträglichen Klimaschutzes in Ländern, in denen noch stärkere Emissionszuwächse zu erwarten sind, wie zum Beispiel in Mexiko, Argentinien oder Indonesien.¹⁸ Deutschland sollte diese Länder bei ihrer Transformation finanziell sowie durch einen Technologie- und Wissenstransfer unterstützen. Wichtig dabei ist eine Strategie, die diesen Ländern einen angemessenen Platz in der Wertschöpfungskette einer transformierten Weltwirtschaft einräumt. So kann gemeinsam ein neues Wohlstandsmodell aufgebaut werden.

Technologie ist eines der wirksamsten Mittel, um andere Länder bei ihrer Transformation zu unterstützen. Mit dem Export von „grünen“ Technologien wie nachhaltiger Mobilität und Energieeffizienztechnologien kann Deutschland nicht nur seine wirtschaftlichen Interessen verfolgen, sondern auch wirksame Klimaschutzmaßnahmen in den Zielländern fördern. Dies kann durch abgestimmte Investitionsstrategien, grüne Leitmärkte und eine Kombination aus förderlichen nationalen und internationalen Rahmenbedingungen geschehen.

¹⁸ Nacimiento, Kuramochi, Höhne, 2022, [Emission Projections to 2030 Improved Slightly since the Paris Agreement](#).

Box 1. 1,5-Grad als Orientierungspunkt für die Klimaaußenpolitik

2015 wurde in Paris beschlossen, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur deutlich unter 2 Grad zu halten und Anstrengungen zu unternehmen, um ihn auf 1,5 Grad zu begrenzen. 2018 hat der Sonderbericht des IPCC die Risiken für die menschliche Sicherheit bei Überschreiten der 1,5-Grad-Grenze wissenschaftlich aufgearbeitet. In der Folge hat sich der allgemeine Konsens der internationalen Gemeinschaft, zuletzt auf den Klimagipfeln in Glasgow (2021) und in Sharm el Sheikh (2022), deutlich in Richtung der Notwendigkeit verschoben, unter 1,5 Grad zu bleiben oder – falls dies nicht mehr möglich sein sollte – so schnell wie möglich auf 1,5 Grad zurückzukehren. Bereits der Glasgow-Beschluss aus dem Jahr 2021 orientierte sich in diesem Sinne an dem Ziel, die globalen Emissionen bis 2030 um 45 Prozent gegenüber 2010 zu reduzieren. Im Jahr 2022 einigten sich die Vertragsstaaten dann in Sharm el Sheikh auf der Grundlage der Ergebnisse des sechsten IPCC-Sachstandsberichts darauf, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 43 Prozent gegenüber 2019 zu senken. Allerdings sind die globalen Emissionen seither weiter angestiegen. Da es sich um ein globales Budget handelt, das jedes Jahr mehr verbraucht wird, muss die Zielmarke von 43 Prozent jetzt wohl noch verschärft werden.

In Deutschland ist die Umsetzung der Pariser Klimaziele auch in Artikel 20a des Grundgesetzes verankert, wie der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz im Jahr 2021 unterstreicht. Eine Kernaussage des Beschlusses ist, dass sich der Gesetzgeber an den Vorgaben der Wissenschaft orientieren und schlüssige Konzepte zur Treibhausneutralität in der erforderlichen Zeit entwickeln muss. Zudem betont es die internationale Verantwortung Deutschlands in der globalen Klimakrise und stellt zugleich fest, dass sich ein Staat nicht mit dem Verweis auf die Treibhausgasemissionen anderer Staaten seiner Verantwortung entzie-

1.4 Klimaaußenpolitik für Menschenrechte und globale Gerechtigkeit

Im Koalitionsvertrag bekennt sich die Ampel-Regierung nicht nur zu einer gemeinsamen Klimaaußenpolitik, sondern auch zu Klimagerechtigkeit. Denn die Klimakrise ist eng mit der Kluft zwischen Arm und Reich verknüpft. Zum einen sind die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung – die Mehrzahl davon immer noch im Globalen Norden – für die Hälfte der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich, während die ärmere Hälfte der Menschheit – der überwiegende Anteil im Globalen Süden – nur zehn Prozent der globalen Emissionen verursacht.¹⁹ Zum anderen ist gerade diese ärmere Hälfte der Menschheit am existenziellsten von der Klimakrise betroffen.²⁰ Sie ist den zunehmenden Wetterextremen oft direkt ausgesetzt: Die Menschen leben häufig in den besonders gefährdeten Tropen und sie haben in der Regel nicht die Mittel für Anpassungsmaßnahmen und Maßnahmen für den Umgang mit nicht mehr vermeidbaren Klimaschäden und -verlusten. Besonders Frauen sind betroffen.²¹

Deutschland und die EU sind wichtige Akteure im globalen Klimaschutz. Gleichzeitig zählen sie historisch zu den Hauptemittenten von Treibhausgasen.²² Die EU als historisch zweitgrößter Emittent

¹⁹ Oxfam, 2020, [Carbon Emissions of Richest 1 Percent More than Double the Emissions of the Poorest Half of Humanity](#).

²⁰ Eckstein, Künzel, Schäfer, 2021, [Global Climate Risk Index 2021](#).

²¹ Nagel, 2016, [Gender and Climate Change, Impacts, Science, Policy](#).

²² Evans, 2021, [Analysis: Which Countries are Historically Responsible for Climate Change?](#)

und Deutschland als historisch größter Emittent innerhalb der EU tragen eine doppelte Verantwortung:²³ Erstens muss Deutschland eine ehrgeizige Klimapolitik im eigenen Land umsetzen und zweitens sollte Deutschland die sozial-ökologische Transformation weltweit unterstützen und die Resilienz gegenüber Klimarisiken in Partnerländern und auf internationaler Ebene stärken.

Aufgrund der massiven Klimaungerechtigkeit ist die Klimaaußenpolitik sehr eng mit der Frage verknüpft, wie die Kluft zwischen Arm und Reich und die Benachteiligung von Frauen in ihren verschiedenen Dimensionen im Sinne der UN-Nachhaltigkeitsziele bis 2030 deutlich verringert werden können. So weisen zahlreiche Studien darauf hin, dass die Pariser Klimaziele nur erreicht werden können, wenn in diesem Jahrzehnt auch die Agenda 2030 – mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) – menschenrechtsbasiert umgesetzt wird.²⁴ Die menschenrechtliche Methodologie bietet dafür eine wirkungsvolle Grundlage. Denn sie setzt voraus, dass die am stärksten Betroffenen identifiziert und in die Planung einbezogen werden, dass der Nationalstaat das Maximum an Ressourcen für die Umsetzung bereitstellt und dass die internationale Gemeinschaft dort, wo dies nicht ausreicht, ergänzend eingreift. Insgesamt gilt es zu verhindern, dass die metaphorische Rede von den SDGs den klaren rechtlichen Charakter der Menschenrechte an den Rand drängt.

Der Sonderbericht des Weltklimarats von 2018 unterstreicht daher die Notwendigkeit, die Klimakrise als eine Frage der Menschenrechte zu betrachten. Ermittlungen der philippinischen Menschenrechtskommission (CHR) unterstützen diese Argumentation. Im Mai 2022 veröffentlichte die Kommission den Abschlussbericht ihrer mehrjährigen Untersuchung zu den weltweit emissionsintensivsten Unternehmen – den *Carbon Majors*:²⁵ Diese verstoßen gegen die Menschenrechte, da sie durch ihre Aktivitäten signifikant zum Klimawandel beitragen. Das deutsche Bundesverfassungsgericht hat im Frühjahr 2021 in seinem bahnbrechenden Klimabeschluss (siehe Box 1) zudem die Grundrechte der jungen und kommenden Generationen – und damit die „intergenerative Freiheit“ – geschützt: Der heutige Gebrauch der Freiheit dürfe nicht ohne Rücksicht auf die Freiheit der nächsten Generation gestaltet werden.

Extreme Wetterereignisse wie Überschwemmungen und ihre Folgen wie Trinkwasserknappheit bedrohen massiv Menschenrechte, insbesondere das Recht auf Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen, angemessenen Wohnraum, Nahrung, Wasser- und Sanitärversorgung sowie Gesundheit.²⁶ Aber auch politische und bürgerliche Menschenrechte wie das Recht auf Bewegungsfreiheit, freie Wohnsitzwahl und Sicherheit der Person können betroffen sein. Eine effektive Klimaaußenpolitik mit allen drei Dimensionen – ausreichender Klimaschutz, Anpassung an veränderte Umweltbedingungen und Umgang mit Klimaschäden und -verlusten – ist daher unerlässlich, um die Menschenrechte zu schützen und die Resilienz der am stärksten Betroffenen zu erhöhen.

1.5 Klimaaußenpolitik für den Wohlstand von heute und morgen

Klimaaußenpolitik ist zentral für die wirtschaftlich erfolgreiche Transformation hin zur Klimaneutralität bis 2045 in Deutschland und der EU. Denn ohne Partnerschaften und enge Kooperationen wird eine klimaneutrale Transformation ganzer Volkswirtschaften nicht möglich sein. Dies gilt für Industriestaaten, aber auch für Schwellenländer, die ihre Wirtschaft direkt auf eine nachhaltige Entwicklung ausrichten können („Leapfrogging“), anstatt sie nachträglich umzubauen. Vor allem in den

²³ Gemessen an einem CO₂-Budgetansatz darf Deutschland nur noch 2 Gigatonnen und die EU 17,1 Gigatonnen CO₂ emittieren, um 1,5 Grad nicht zu überschreiten. Die Einhaltung des fairen Budgets ist ohne Emissionsreduktionen in anderen Staaten nicht mehr zu erreichen. Klimaschutz im eigenen Land reicht also nicht mehr aus, Deutschland muss auch andere Staaten bei ihren Klimaschutzmaßnahmen unterstützen. Nur so ist eine Begrenzung auf 1,5 Grad noch möglich.

²⁴ Fuso Nerini et al., 2019, [Connecting Climate Action with Other Sustainable Development Goals](#).

²⁵ Sacchetti, 2022, [Climate Justice Through Human Rights: The Carbon Majors Inquiry](#).

²⁶ United Nations Human Rights Office of the High Commissioner, n. d., [The Impacts of Climate Change on the Effective Enjoyment of Human Rights](#).

Bereichen Energie und Rohstoffe wird eine Klimaaußenpolitik für eine erfolgreiche wirtschaftliche Transformation immer wichtiger.

Die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft birgt sowohl Herausforderungen als auch große Chancen für eine zukunftsfähige Wirtschaft. Je mehr Staaten den klimafreundlichen Weg einschlagen, desto schneller und günstiger kann die Transformation auch für Deutschland und die EU gelingen. Die zwei größten Märkte der Welt – China und die USA – investieren inzwischen in einem enormen Tempo und Umfang in die grüne Transformation. Während beide Länder stark auf die Subventionierung der notwendigen Investitionen setzen, hat die EU den Emissionshandel als Kerninstrument für die Transformation implementiert und durch regulatorische Ansätze, zum Beispiel Standards, ergänzt. Bereits 2020 haben grüne Technologien in Deutschland 15 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt beigetragen²⁷ – und ihre Relevanz wächst stetig. Deutschland nimmt insbesondere in den Sektoren nachhaltige Mobilität und Energieeffizienz eine starke globale Rolle ein.²⁸ Je mehr Länder sich ebenfalls in Richtung Klimaneutralität entwickeln, desto schneller werden neue technische Lösungen marktreife erlangen, desto günstiger und verfügbarer werden die benötigten Technologien und Rohstoffe und desto größer werden auch mögliche Absatzmärkte für deutsche Klimatechnologie. Klimaaußenpolitik, die andere Staaten bei der Transformation hin zur Klimaneutralität unterstützt, ist daher auch ein wichtiger Teil der inländischen Wirtschaftspolitik.

1.6 Klimaaußenpolitik als Beitrag zum Erfolg des europäischen Projekts

Der European Green Deal (EGD) kann als erster grundlegender Versuch interpretiert werden, die Politik der EU in Richtung eines neuen Gesellschaftsvertrags weiterzuentwickeln – hin zu einem Lebens- und Wohlstandsmodell, das die Grenzen des Planeten (durch Treibhausgasneutralität, Biodiversitätsziele und eine Kreislaufwirtschaft) und die Menschenrechte (auch in anderen Ländern) achtet. Beides sollte konsequenter Bestandteil der Außenpolitik sein und deshalb auch konsequent in den Regeln eines EU-Lieferkettengesetzes, der Handelsabkommen und des Finanzmarktes verankert werden. Eine erfolgreiche Umsetzung des EGD ist zentral für die Wirkmächtigkeit der EU und die außenpolitische Komponente des EGD ist wiederum ein wichtiger Teil für die Unterstützung der Bürger:innen und die internationale Relevanz der EU. Die deutsche Klimaaußenpolitik muss dafür entschieden und synergetisch mit der europäischen Klimaaußenpolitik verzahnt werden.

²⁷ Umweltbundesamt, 2022, [Grüne Zukunftsmärkte / Umweltschutzwirtschaft](#) sowie Süsser, 2022, [Die Bundesregierung will „mehr Fortschritt wagen“: Was bedeutet das für grüne Technologien in Deutschland?](#)

²⁸ Umweltbundesamt, 2022, [Grüne Zukunftsmärkte / Umweltschutzwirtschaft](#).

2 Was: Handlungsfelder einer wirksamen Klimaaußenpolitik

2.1 Prinzipien für alle Handlungsfelder

Die klimaaußenpolitische Strategie der Bundesregierung sollte Ziele, Handlungsansätze und konkrete Maßnahmen festlegen, an denen sich die Politik der Bundesregierung in den kommenden Jahren orientiert. Diese lassen sich nach den in diesem Kapitel behandelten Themenfeldern gliedern. Dabei scheint ein mittelfristiger Zeithorizont sinnvoll, das heißt eine Laufzeit der Strategie bis etwa 2030, ergänzt um die Benennung von klaren Schwerpunkten, die noch in dieser Legislaturperiode erreicht oder angestoßen werden sollen.

Die Strategie sollte auch übergreifende Werte und Prinzipien definieren, die in allen Handlungsfeldern gelten und die Ausgestaltung der Maßnahmen leiten. Dazu gehören folgende Grundsätze:

- menschenrechtsbasiert und gendertransformativ;
- wissenschaftsbasiert und wirkungsorientiert;
- vorausschauend und langfristig angelegt;
- partizipativ, im Zusammenspiel mit Zivilgesellschaft und Wissenschaft;
- partnerschaftlich, auf Augenhöhe mit den Partnerländern und transparent die jeweiligen deutschen Interessen in den Partnerschaften offenlegend;
- eingebettet in einen europäischen Ansatz.

2.2 Die Sicherheitsbedrohung der Klimakrise angehen

Deutschland hat sich bereits in der Vergangenheit – besonders aber im Rahmen seiner Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat 2019/20 gemeinsam mit weiteren Ländern im Rahmen der Group of Friends for Climate and Security – dafür eingesetzt, den Nexus Klima und Sicherheit strukturell in der Arbeit des UN-Sicherheitsrats zu verankern. Aufbauend auf diesem Engagement sollte Deutschland diesen Themenkomplex – mit einer Priorität auf menschlicher Sicherheit – weiterhin hoch auf der Agenda halten, sowohl im UN-System als auch in anderen Kooperationsforen wie im G7-Kontext. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit Wissenschaft, Think Tanks und zivilgesellschaftlichen Akteuren ist dabei von zentraler Bedeutung. Das Konzept der menschlichen Sicherheit orientiert sich an einem erweiterten Sicherheitsbegriff, der im Gegensatz zu traditionellen Sicherheitskonzepten nicht den Schutz des Staates, sondern des Individuums und seiner Menschenwürde in den Mittelpunkt stellt. Das politische Konzept vereinigt Aspekte der Menschenrechte, der menschlichen Entwicklung, der Friedenssicherung und der Konfliktprävention und steht im Einklang mit den Leitlinien des Auswärtigen Amtes für eine feministische (Klima-)Außenpolitik.²⁹ Eine konkrete Initiative, für die sich Deutschland im internationalen System einsetzen sollte, um mögliche Klimarisiken für die menschliche Sicherheit frühzeitig identifizieren und bearbeiten zu können, wäre ein Frühwarnsystem für Kippunkte (siehe Box 2).³⁰

Auch die NATO verweist in ihrer Strategie auf das Ziel der menschlichen Sicherheit und ihre Absicht, Herausforderungen des Klimawandels in alle ihre Aufgaben zu integrieren.³¹ Die Bundesregierung

²⁹ Auswärtiges Amt, 2023, [Feministische Außenpolitik gestalten - Leitlinien des Auswärtigen Amtes](#).

³⁰ Künzel, Schwarz, & Bals, 2022, [Ein Frühwarnsystem für Kippunkte im Klimasystem](#)

³¹ NATO, 2022b, [NATO 2022 Strategic Concept](#).

hat im Juni 2023 die erste Nationale Sicherheitsstrategie für Deutschland veröffentlicht,³² die auf einem integrierten Sicherheitsbegriff basiert: Ein Grundpfeiler der neuen Strategie ist das Verständnis, dass der Sicherheitsbegriff auch die Sicherheit der Lebensgrundlagen umfasst, die durch die Klima- und Biodiversitätskrise gefährdet sind.³³ Dies ist ein wichtiger erster Schritt, um Klimapolitik auch als Sicherheitspolitik zu begreifen.

Dieses Konzept ist eng mit der Weiterentwicklung des UN-Menschenrechtssystems im Bereich **Klimawandel und Menschenrechte** verknüpft. Ein Meilenstein war hier die Ernennung des ersten UN-Sonderberichterstatters für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte im Kontext des Klimawandels im Jahr 2022: Ian Fry aus Tuvalu.³⁴ Die Empfehlungen des Sonderberichterstatters sollten im Rahmen der deutschen Klimaaußenpolitik regelmäßig geprüft werden.³⁵

Fossile Energieträger haben seit ihrem energiepolitischen Siegeszug im vorletzten und letzten Jahrhundert eine hohe Sicherheitsrelevanz. Vor allem Öl und Gas waren zentrale Faktoren der energiepolitischen Dimension der meisten Kriege seit Mitte des letzten Jahrhunderts. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sollte als regionale Austauschplattform auch um die Themen Energie- und Klimasicherheit ausgeweitet und so umstrukturiert werden, dass sie die Transformation der fossilen Energiebeziehungen, die Auswirkungen des Ressourcenfluchs sowie die ökonomischen Aspekte des European Green Deal und der Klima- und Biodiversitätskrise besser adressieren kann.³⁶

³² Bundesregierung, 2023, [Integrierte Sicherheit für Deutschland – Nationale Sicherheitsstrategie](#).

³³ In der Forschung, beispielsweise im WBGU-Bericht zu Klima und Sicherheit (2007), und in Strategien für einzelne Bereiche, beispielsweise im Weißbuch der Bundeswehr von 2016, wurde diese Verknüpfung bereits hergestellt.

³⁴ Die entsprechende Resolution zur Einsetzung einer:in solchen Sonderberichterstatters:in wurde im Oktober 2021 auf der Sitzung des UN-Menschenrechtsrats angenommen.

³⁵ United Nations, 2022, [Promotion and Protection of Human Rights in the Context of Climate Change](#).

³⁶ Vgl. Caspar, 2020, [The Climate Crisis – a Russia-EU Cooperation Opportunity](#). Während die meisten Überlegungen in diesem Papier leider seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine überholt sind, bleiben die Vorschläge zur Reform der OSZE auf Seite 4 aktuell.

Box 2. Ein Frühwarnsystem für Kippunkte

Wie disruptiv die Auswirkungen der Klimakrise sein können, zeigt die Auseinandersetzung mit Kippelementen und -punkten im Klimasystem. Ein konkreter Ansatz zur Eindämmung dieser Klima- und Sicherheitsrisiken kann ein **internationales politisches Frühwarnsystem für Kippunkte im Klimasystem** sein, das in regelmäßigen (idealerweise jährlichen) Berichten

- den Forschungsstand zu einzelnen Kippunkten – deren Zeitskalen sich rapide ändern können – regionalspezifisch aufbereitet und
- basierend auf sozio-ökonomischen Implikationen Handlungsempfehlungen für Maßnahmen des Klimaschutzes, der Anpassung und des Umgangs mit Klimaschäden und -verlusten formuliert, die politischen und ausführenden Akteuren auf verschiedenen Ebenen der Krisenvermeidung und -bekämpfung dienen.

Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Verhinderung des irreversiblen Überschreitens eines Kippunkts bei gleichzeitiger Vorbereitung von Vorsorgemaßnahmen, zum Beispiel in den Bereichen Wasserversorgung und Ernährungssicherheit. Als gezielte Ergänzung zu den IPCC-Berichten kann dies ein wissenschaftsbasierter Anlass sein, sich mit den Klimarisiken und den erheblichen Lücken beim Aufbau von Resilienz (Anpassung sowie Umgang mit Schäden und Verlusten) zu befassen. Institutionell im UN-Kontext angesiedelt, sollte auf nationaler – etwa deutscher – Ebene ein **Krisenmechanismus, wie ein interministerieller Krisenstab**, zuständig sein. Die Außenminister:innen der G7 haben 2022 unter deutscher Präsidentschaft die Gefahr einer Destabilisierung betroffener Regionen durch das Überschreiten von Kippunkten anerkannt und die Notwendigkeit wissenschaftlicher Studien sowie einer Szenarienplanung als entscheidendes Element einer präventiven und klimasensiblen Klima- und Außenpolitik benannt. Darauf gilt es aufzubauen.

2.3 Ambitionierten Klimaschutz voranbringen

Der letzte Sachstandsbericht des IPCC hat deutlich gemacht, wie drastisch die Emissionen sinken müssen, wenn wir das 1,5-Grad-Limit einhalten wollen. Bis 2030 müssten die Emissionen demnach global um 43 Prozent gegenüber 1990 sinken – also fast halbiert werden.³⁷ Zudem müssen die globalen Emissionen bis 2025 ihren Höhepunkt erreichen. Für die einzelnen Länder hat das unterschiedliche Implikationen: Für die Industriestaaten bedeutet das, dass sie bis 2030 aus der Kohleverstromung und bis 2035 aus der Gasverstromung aussteigen müssten;³⁸ ärmere Staaten müssen jeweils zehn Jahre später aussteigen.

Parallel zum Ausstieg aus den fossilen Energien sind der Ausbau der Erneuerbaren und die Steigerung der Energieeffizienz von zentraler Bedeutung. Laut der Internationalen Organisation für Erneuerbare Energien (IRENA) und der IEA muss die Kapazität für Erneuerbare Energien bis 2030 auf 11.000 Gigawatt mehr als verdreifacht werden.³⁹ Gleichzeitig muss die Energieeffizienz massiv gesteigert werden. Im Jahr 2022 wurden hier Verbesserungen von 2,2 Prozent erzielt. Diese Rate muss bis 2030 auf mindestens 4 Prozent verdoppelt werden.⁴⁰ Allianzen zu bilden, die sich auf diese Ziele verständigen und sie auch umsetzen wollen, ist ein wichtiger Teil der Klimaaußenpolitik.

Doch der Ausbau der Erneuerbaren Energien allein kann die fossile Energien nicht verdrängen. Sobald die Nachfrage nach Öl, Gas und Kohle sinkt, werden auch ihre Preise sinken und diese Energien

³⁷ IPCC, 2023, [Climate Change 2023. Synthesis Report-Summary for Policymakers](#).

³⁸ IEA, 2023, [Net Zero Roadmap. A Global Pathway to Keep the 1.5 °C Goal in Reach](#).

³⁹ IRENA, 2023, [Annual Renewable Power Must Triple until 2030](#).

⁴⁰ IEA, 2023, [Net Zero Roadmap. A Global Pathway to Keep the 1.5 °C Goal in Reach](#).

wieder attraktiver. Das kann einen Rebound-Effekt auslösen – also ein Wiedererstarken der fossilen Energieträger. Dies unterstreicht, wie wichtig es ist, in jede Strategie einen CO₂-Preis zu integrieren. Die Kohlenstoffpreise internalisieren die externen Kosten der CO₂-Emissionen – also die Kosten der durch die Emissionen verursachten Schäden wie Hitzewellen, Dürren und Überschwemmungen – und geben den Emittenten so ein Signal zum Handeln. Ein CO₂-Preis generiert zudem Mittel für die Transformation und für die Unterstützung der ärmeren Hälfte der Bevölkerung im Kontext der Transformation. Eine kohärente Klimaaußenpolitik schafft entsprechende Allianzen von Vorreiterstaaten.

Damit CO₂-Preise wirksam für die Dekarbonisierung der Industrie eingesetzt werden können, selbst wenn in anderen Weltregionen keine vergleichbare Emissionsbepreisung existiert, können CO₂-Grenzausgleichsmechanismen eingesetzt werden. Der für die EU beschlossene CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM) soll ab 2026 dafür sorgen, dass die europäische Industrieproduktion nicht aufgrund steigender CO₂-Preise in Länder mit niedrigeren Umweltstandards und ohne CO₂-Preise abwandert.⁴¹ Dieser „Klimazoll“ trifft vor allem Exporteure aus Staaten, die große Mengen emissionsintensiver Güter – wie Eisen und Stahl, Zement, Strom, Wasserstoff, Aluminium oder Düngemittel – in die EU exportieren. Er ist ein besonders sensibles Instrument in der Klimaaußenpolitik, das eine klare Kommunikation mit Partnerländern erfordert, um Konfrontationen zu vermeiden.⁴²

Auch Deutschland schafft es nicht, seine Emissionsziele in allen Sektoren zu erreichen. Insbesondere der Sektor Verkehr, aber auch Gebäude, verfehlt die Ziele.⁴³ Auf internationaler Ebene gibt es verschiedene Initiativen, in denen sich Länder zusammengeschlossen haben, um die Dekarbonisierung verschiedener Sektoren zu beschleunigen. Ein Beispiel ist die auf der COP21 in Glasgow im Jahr 2021 beschlossene Breakthrough Agenda, bei der sich die Länder auf eine Zusammenarbeit in fünf Sektoren verständigt haben, die zusammen für mehr als die Hälfte der weltweiten Emissionen verantwortlich sind.⁴⁴ Diese können vielversprechende Ansätze sein.

⁴¹ Allert et al. 2023, [Impacts of the EU Carbon Border Adjustment Mechanism on the Western Balkans and Ukraine](#).

⁴² Gläser et al., 2021, [Less Confrontation, More Cooperation](#).

⁴³ Ariadne, 2023, [Transformation Tracker](#).

⁴⁴ Die Sektoren umfassen Strom, Wasserstoff, Straßenverkehr, Stahl, Gebäude und Landwirtschaft.

Box 3. Weiterentwicklung des Klimaclubs zu einem wirksamen Instrument

Der Klimaclub wurde während der deutschen G7-Präsidentschaft ins Leben gerufen – mit dem Ziel, Länder bei der Umsetzung einer effektiven Klimaschutzpolitik zu unterstützen. Insbesondere möchte der Club ehrgeizige Klimaschutzziele ermöglichen, ohne dass CO₂-intensive Industrien in andere Länder abwandern (Carbon Leakage). Dabei soll der Klimaclub als hochrangiges politische Forum dienen und auf anderen technischen Initiativen aufbauen. Aktuell konzentriert sich der Klimaclub auf die Dekarbonisierung der Industriesektoren, in denen Emissionen nur schwer vermieden werden können, wie zum Beispiel in der Stahl- und Zementindustrie.

Der Klimaclub besteht aus drei Säulen: In der ersten Säule sollen die Mitglieder des Clubs ihre Best Practices zu Minderungsmaßnahmen austauschen, um einen ambitionierten Klimaschutz voranzutreiben. Die zweite Säule konzentriert sich auf die Dekarbonisierung der Industrie. Hier geht es vor allem darum, Investitionen in nachhaltige Industrietechnologien umzuleiten und die Nachfrage nach grünen Produkten zu steigern. Dabei möchte der Klimaclub auf bestehenden Initiativen, wie der Industrial Deep Decarbonization Initiative (IDDI) des Clean Energy Ministerials (CEM) und der Glasgow Breakthrough Agenda, aufbauen. Die dritte Säule soll die Zusammenarbeit zwischen den Ländern erleichtern und so die Umsetzung der ersten beiden Säulen verbessern. Insbesondere Entwicklungs- und Schwellenländer sollen bei der Dekarbonisierung ihrer Industrien unterstützt werden. Eine Plattform soll Kooperations- und Finanzierungsmöglichkeiten aufzeigen und zudem die Möglichkeit zum Matchmaking bieten.

Der Aufbau des Klimaclubs soll bis zur COP28 abgeschlossen sein und wird gemeinsam von Deutschland und Chile geleitet. Die Mitgliedschaft im Klimaclub soll offen und inklusiv gestaltet werden. Aktuell sind 33 Länder sowohl des Globalen Nordens als auch Südens Mitglieder des Clubs. Die Beitrittsbedingungen sind bisher allerdings sehr vage gehalten: Der Club steht allen Ländern offen, die ambitionierten Klimaschutz betreiben und ihre Wirtschaft dekarbonisieren wollen. Allerdings ist nicht klar, wie ambitionierter Klimaschutz definiert wird. Wenn der Klimaclub auf der COP28 sein Arbeitsprogramm vorstellt, wird sich zeigen, wie konkret die Ziele und Meilensteine des Clubs tatsächlich sind. Zentral wird sein, dass der Club nicht nur bestehende Initiativen repliziert, sondern einen Mehrwert schafft, der die globale Industriedekarbonisierung beschleunigen wird. Dafür bedarf es enge Zusammenarbeit und als Aufnahmekriterium für Staaten einen klaren Fahrplan zur künftigen Ambitionssteigerung. Dann könnte der Klimaclub Angebot von und Nachfrage nach klimafreundlichen Industrieprodukten steigern, Leitmärkte aufbauen und Standards koordinieren sowie vereinheitlichen.

Mittel- bis langfristig kann der Klimaclub zu einem Level Playing Field und somit zur Minimierung von Carbon-Leakage Risiken beitragen. Aufgrund der stark divergierenden Ambitionsniveaus der Mitglieder und vor dem Hintergrund der Tatsache, dass wichtige Produzenten wie Indien und China nicht Teil des Clubs sind, wird das jedoch kurzfristig nicht möglich sein.

2.4 Bedarfsgerechte Klimafinanzierung bereitstellen

Schätzungen gehen davon aus, dass ab 2030 eine Billion US-Dollar jährlich an externer öffentlicher und privater Finanzierung für Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen benötigt werden.⁴⁵ Obwohl die Länder des Globalen Nordens wiederholt bekräftigt haben, die Klimafinanzierung für Entwicklungsländer ab 2020 auf jährlich 100 Milliarden US-Dollar zu erhöhen, wurde dieses Ziel bislang nicht erreicht – auch wenn sich die Anzeichen mehren, dass dies 2023 erstmals der Fall sein könnte. Laut einer Einschätzung des Overseas Development Institute (ODI) und des World Resources Institute (WRI) gehört Deutschland neben Schweden und Norwegen zu den wenigen Ländern, die bereits ihren fairen Anteil an den 100 Milliarden leisten.⁴⁶

Die im Rahmen des globalen 100-Milliarden-Ziels vereinbarte Ausgeglichenheit der Finanzmittel für Klimaschutz einerseits und Klimaanpassung andererseits wurde bisher nicht eingehalten. 2019 wurden mit 20 von rund 80 Milliarden US-Dollar nur etwa ein Viertel der Finanzmittel für Anpassungsmaßnahmen bereitgestellt – und das vor dem Hintergrund immer weiter steigender Anpassungskosten von bis zu 340 Milliarden US-Dollar pro Jahr bis 2030.⁴⁷ Die COP26 im Jahr 2021 forderte die Industrieländer deshalb auf, die Anpassungsfinanzierung bis 2025 im Vergleich zu 2019 zu verdoppeln – hier müssen die Industrieländer jetzt zügig handeln. Auch die große Lücke bei der Bereitstellung von Finanzmitteln für Entwicklungsländer zur Bewältigung von Klimaschäden und -verlusten muss geschlossen werden. Die Kosten hierfür werden auf 290 bis 580 Milliarden US-Dollar pro Jahr ab 2030 geschätzt.⁴⁸

Grundsätzlich problematisch ist zudem, dass das Klimafinanzierungsziel von 100 Milliarden US-Dollar nicht die tatsächlichen Bedarfe deckt, um unter dem 1,5-Grad-Limit zu bleiben, Länder an die Folgen des Klimawandels anzupassen oder mit Klimaschäden und -verlusten angemessen umzugehen. Eine bedarfsgerechte Unterstützung ist aber erforderlich, um die Pariser Ziele zu erreichen. Das neue Klimafinanzierungsziel für die Zeit nach 2025 muss daher einem Paradigma der Bedarfsgerechtigkeit folgen: Die Klimafinanzierung sollte dafür sämtliche Bedarfe abdecken, auch die zur Bewältigung von Klimaschäden und -verlusten.

Um all dies leisten zu können, reicht es – auch bei einer erweiterten Geberbasis – nicht aus, nur auf die Klimafinanzierung aus den öffentlichen Haushalten der einzelnen Staaten zu schauen. Das Ganze kann nur erfolgreich sein, wenn es gelingt, die internationale Finanzarchitektur grundlegend zu reformieren. Seit der COP27 nimmt dieser Diskurs immer mehr an Fahrt auf. Im Zentrum stehen die Multilateralen Entwicklungsbanken (MEB) und der Internationale Währungsfonds (IWF) sowie die Frage, wie diese Institutionen mehr Finanzmittel den von multiplen Krisen betroffenen Staaten bereitstellen können, aber auch, wie die Wirkung der eingesetzten Gelder, die Transparenz und die Beschwerdemechanismen verbessert werden können. Bei der Überprüfung der sogenannten Kapitaladäquanzrahmen⁴⁹ im Rahmen der G20 wurden bereits Empfehlungen für die MEB entwickelt, die es nun umzusetzen gilt. Die von der Premierministerin von Barbados, Mia Mottley, vorangetriebene Bridgetown-Initiative ist eine treibende Kraft dieser Reformagenda und fordert nicht nur mehr Unterstützung für den Klimaschutz, sondern insbesondere auch für die von Extremwetterereignis-

⁴⁵ Songwe, Stern, Bhattacharya, 2022, [Finance for Climate Action: Scaling up Investment for Climate and Development](#).

⁴⁶ Colenbrander et al., 2021, [A Fair Share of Climate Finance? Apportioning Responsibility for the \\$100 Billion Climate Finance Goal](#) und Bos et al., 2021, [Are Countries Providing Enough to the \\$100 Billion Climate Finance Goal?](#) Die Berechnungen eines fairen Anteils beziehen sich auf Angaben wie dem Bruttonationaleinkommen, kumulativen CO₂-Emissionen und der Bevölkerungszahl.

⁴⁷ United Nations Environment Programme, 2022, [Adaptation Gap Report](#).

⁴⁸ Markandya, González-Eguino, 2019, [Integrated Assessment for Identifying Climate Finance Needs for Loss and Damage: A Critical Review](#).

⁴⁹ Der Kapitaladäquanzrahmen legt fest, wie viel Eigenkapital eine Bank im Verhältnis zu ihren risikogewichteten Aktiva halten muss. Risikogewichtete Aktiva berücksichtigen die unterschiedlichen Risiken verschiedener Vermögenswerte im Portfolio einer Bank. Banken müssen sicherstellen, dass sie über ausreichend Kapital verfügen, um potenzielle Verluste abzudecken, die durch Kreditrisiken, operationelle Risiken und Marktrisiken entstehen können.

sen betroffenen Staaten und eine weitaus größere Ausschüttung und Umverteilung von Sonderziehungsrechten (SZR). In diesem Zusammenhang war der Pariser Gipfel für einen neuen Finanzierungs пакт im Sommer 2023 eine erste wichtige Wegmarke.

Daraus ergeben sich **fünf Handlungsschwerpunkte** für die deutsche Klimaaußenpolitik im Bereich Klimafinanzierung:

- Erstens sollte Deutschland einen **Paradigmenwechsel in der Klimafinanzierung** für die Zeit nach 2025 einleiten. Das neue Paradigma sollte sich an den Bedarfen der Empfängerländer für die globale Transformation, die Anpassung an und die Bewältigung der (nicht mehr abwendbaren) Klimafolgen orientieren. Zudem geht es um die Verbesserung der Qualität der Finanzierung – unter anderem durch menschenrechtsbasierte und gendersensitive Ansätze, die sich auf die am meisten gefährdeten Menschen und Länder fokussieren und deren Zugang zu Klimafinanzierung verbessern. Dieses neue Paradigma erfordert eine Vervielfachung der Mittel, mehr beitragende Akteure und neue Finanzierungsinstrumente (wie etwa Abgaben auf den internationalen Flug- und Schiffsverkehr) in Kombination mit Schuldenerlass. Die G7 und andere Industrieländer müssen bei der Mobilisierung von Finanzmitteln die Führung übernehmen, aber auch reiche Öl-, Gas- und Schwellenländer sollten sich spätestens ab 2025⁵⁰ an der Finanzierung beteiligen (entsprechend Artikel 9.1 bis 9.3 des Pariser Abkommens). Die Bundesregierung und auch die G7 müssen sich auf eine solche Strategie verständigen.
- Zweitens sollte **Deutschland seinen Beitrag leisten, um die 100 Milliarden US-Dollar zu erreichen** und das Vertrauen gegenüber den verwundbaren Ländern zu stärken. Bereits im Koalitionsvertrag heißt es, dass die Bundesregierung ihre „Zusagen für den deutschen Anteil an den 100 Milliarden US-Dollar der internationalen Klimafinanzierung im Rahmen einer kohärenten Klimaaußenpolitik erfüllen und perspektivisch erhöhen“⁵¹ wird. Diese noch relativ vage Zusage muss jetzt konkretisiert werden. Zentral dafür ist eine Erhöhung der Klimafinanzierung aus dem Bundeshaushalt von sechs auf acht Milliarden Euro pro Jahr bis 2025 sowie die Sicherung einer Erhöhung in der mittelfristigen Finanzplanung.
- Drittens sollte Deutschland weiterhin mit gutem Beispiel vorangehen und sich verpflichten, bis 2025 tatsächlich 50 Prozent statt bisher 44 Prozent der internationalen Klimagelder für **Anpassung bereitzustellen**. Dies sollte durch eine entsprechende Erhöhung der Zuschussfinanzierung, insbesondere für gefährdete Länder, Menschen und Bevölkerungsgruppen erfolgen.
- Viertens sollte Deutschland zusätzlich zur Finanzierung von Klimaschutz und -anpassung **bedarfsgerechte Mittel zum Umgang mit Schäden und Verlusten** in Entwicklungsländern bereitstellen. Als ersten Schritt sollte Deutschland bereits auf der COP28 mindestens 300 Millionen EUR für den Fonds für Schäden und Verluste ankündigen und bis zur COP29 einen Plan entwickeln, um den deutschen Beitrag für eine Anschubfinanzierung des Fonds auf zunächst eine Milliarde Euro aufzustocken.
- Fünftens sollte Deutschland bei der notwendigen tiefgreifenden **Reform der multilateralen Entwicklungsbanken und der gesamten internationalen Finanzarchitektur** eine Vorreiterrolle übernehmen. Dafür sollte Deutschland bestehende Initiativen zügig und ambitioniert in die Praxis umsetzen. Dazu gehört, den Entwicklungsbanken mehr Risikoübernahme zu ermöglichen und damit deutlich mehr Geld gerade auch in ärmere Länder zu vergeben. Auch eine Reform der Governance, mehr Transparenz und die Implementierung ernstzunehmender Beschwerdemechanismen sind unabdingbar. Gleichzeitig sollten innovative Ansätze wie neue globale Abgaben auf beispielsweise Flugverkehr, Schifffahrt oder auch Carbon Assets verfolgt werden. Von zentraler Bedeutung sind auch diejenigen Anpassungen der internationalen Finanzarchitektur, die Veränderungen auf nationaler und europäischer Ebene erfordern, wie zum Beispiel die Weitergabe von Sonderziehungsrechten.

⁵⁰ UNFCCC, 2023, [New Collective Quantified Goal on Climate Finance](#).

⁵¹ Bundesregierung, 2021, [Mehr Fortschritt wagen](#).

2.5 Die Verwundbarsten bei der Bewältigung des Klimawandels unterstützen

Der sechste Sachstandsbericht des IPCC zeigt deutlich: Der Klimawandel führt bereits heute zu Schäden und Verlusten für Ökosysteme und Menschen.⁵² Etwa 3,3 bis 3,6 Milliarden Menschen – fast die Hälfte der Weltbevölkerung – leben in Kontexten, die durch den Klimawandel stark gefährdet sind. In allen Sektoren und Regionen sind die verwundbarsten Menschen und Systeme unverhältnismäßig stark betroffen. Als historische Hauptverursacher der Klimakrise haben Deutschland und die anderen Länder des Globalen Nordens eine besondere Verantwortung, gefährdete Länder beim Umgang mit den Klimarisiken und -folgen zu unterstützen.

Die internationale Klimarisikomanagement-Architektur verfügt noch nicht über der Klimakrise angemessene Instrumente oder ausreichende Finanzmittel zum Umgang mit den Risiken und Folgen des Klimawandels. Das Mosaik bestehender Instrumente wird seit der COP27 um den Fonds für Klimaschäden und Verluste (L&D Fonds) ergänzt, der als sein zukünftiges Herzstück Schutzlücken schließen soll. Der Beschluss der COP27 über die Einrichtung des Fonds war nach jahrelanger Blockade durch viele Industrieländer ein historischer Meilenstein. Ein Übergangskomitee (Transitional Committee - TC), in dem auch Deutschland einen Sitz innehatte, war bis zur COP28 mit den Details seiner Operationalisierung beauftragt. Eine Einigung wurde erst auf der kurzfristig einberufenen fünften Arbeitssitzung (TC5) erzielt.

Die COP28 muss nun über die zentralen Aspekte des Fonds entscheiden. Deutschland sollte sich in den Verhandlungen dafür einsetzen, dass die Operationalisierung im Sinne der besten Unterstützung für die Verletzlichsten umgesetzt wird und die Kapitalisierung unterstützen. Die wichtigsten Aspekte sind:

- **Aufhängung des Fonds:** In der Einigung wurde die Weltbank als Treuhänderin und Übergangsssekretariat für zunächst vier Jahre vorgeschlagen. Dies wurde jedoch an mehrere Bedingungen geknüpft, u. a. die Gewährleistung eines direkten Zugangs der Empfängerländer und gefährdeten Gemeinschaften. Für den Fall einer negativen Evaluierung nach vier Jahren fehlt allerdings eine Ausstiegsstrategie. Obwohl der Fonds zunächst bei der Weltbank angesiedelt ist, soll er als Teil des Finanzierungsmechanismus unter der UNFCCC und dem Pariser Abkommen etabliert werden.⁵³
- **Beitragszahler für den Fonds:** Die getroffene Einigung nach dem TC5 sieht keine rechtliche Verpflichtung zur Zahlung von finanziellen Beiträgen zum Fonds vor. Die Industrieländer wie Deutschland müssen nicht nur bei der Operationalisierung sondern auch bei der Kapitalisierung des Fonds die Führung übernehmen. Deutschland sollte bereits auf der COP28 mindestens 300 Millionen EUR ankündigen und bis zur COP29 einen Plan entwickeln, um den deutschen Beitrag für eine Anschubfinanzierung des Fonds auf zunächst eine Milliarde Euro aufzustocken. Aufgrund der dynamischen Auslegung der CBDR RC und des Verursacherprinzips sollten auch reiche Schwellenländer – insbesondere Öl- und Gasländer und China⁵⁴ – zur L&D-Finanzierung und zum Fonds beitragen.
- **Berechtigung zum Erhalt von Mitteln:** Bisher werden besonders gefährdete Entwicklungsländer als anspruchsberechtigt genannt, aber auch besonders betroffene Gemeinschaften und Personen müssen Zugang erhalten. Eine besondere Rolle wird dem Steuerungsgremium zukommen, dass für eine Reihe weiterer Details definieren wird, beispielsweise die Entwicklung eines Systems der Mittelzuweisung.

⁵² Intergovernmental Panel on Climate Change, 2022, *Sechster IPCC-Sachstandsbericht – AR 6*.

⁵³ Somit gelten auch für den Fonds die zentralen Gerechtigkeitsprinzipien der UNFCCC und des Pariser Abkommens, darunter insbesondere das der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten sowie das Verursacherprinzip.

⁵⁴ China ist zwar der mit Abstand größte absolute Emittent, hat aber bisher historisch pro Kopf weniger als die Industrieländer zur Klimakrise beigetragen.

- **Umfangs des Fonds:** Es gibt bisher keine Referenz für Bedarfsschätzungen. Für 2030 schätzen Wissenschaftler:innen die jährlichen Schäden allein für Entwicklungsländer auf 400–580 Milliarden US-Dollar.
- **Menschenrechte:** Menschenrechtsprinzipien und -standards sollten allen Maßnahmen zum Umgang mit Schäden und Verlusten zugrunde liegen. Es ist sehr problematisch, dass das Governing Instrument des Fonds keine Referenz zu Menschenrechten macht.

Eine wichtige Neuerung zur Lösung für einen Teil der Herausforderungen stellt auch der Globale Schutzschirm gegen Klimarisiken dar. Er wurde auf der COP27 vorgestellt und geht auf eine Initiative der G7 (mit sehr progressiver Rolle Deutschlands) und der Vulnerable 20, einem Zusammenschluss von besonders vom Klimawandel betroffenen Ländern zurück. Der Schutzschirm hat zum Ziel, die am stärksten Gefährdeten bei der Bewältigung konkreter Klimarisiken und -folgen zu unterstützen. Darüber hinaus unterstützt unter anderem Deutschland – im Rahmen der von Deutschland initiierten InsuResilience Global Partnership (IGP) – Länder des Globalen Südens mit Instrumenten der subventionierten Klimarisikoversicherung. Das Ziel der IGP, bis zum Jahr 2020 400 Millionen Menschen durch direkte und indirekte Versicherungslösungen vor den finanziellen Folgen des Klimawandels zu schützen, ist jedoch nicht erreicht worden. Laut dem Jahresbericht 2021 der IGP haben 150 Millionen Menschen von Lösungen der Klima- und Katastrophenfinanzierung (CDRFI) profitiert, davon 60 Millionen von Mikroversicherungslösungen.⁵⁵ Klimarisikoversicherungen stellen jedoch nur einen Teil der Lösung als Teil eines umfassenden Klimarisikomanagements dar. Für bestimmte Arten von Schäden und Risiken eignen sich versicherungsbezogene Instrumente nicht, z. B. Schäden nicht-wirtschaftlicher Art oder Schäden, die sich aus langsam voranschreitenden Klimawandel-folgen wie dem Meeresspiegelanstieg ergeben.

Im Rahmen der auswärtigen Bildungs- und Kulturpolitik enthält zudem der Koalitionsvertrag Vorhaben, die nicht-ökonomische Schäden und Verluste infolge des Klimawandels adressieren können. Ein Beispiel wäre die Maßnahmen der „KulturGutRetter“ für die schnelle Hilfe zum Schutz und Erhalt von Kulturerbe in Krisensituationen weltweit – auch vor dem Hintergrund der Klimakrise sollte dieser ausgebaut werden.

Neben der Finanzierung des Umgangs mit Schäden und Verlusten im Rahmen der Klimapolitik spielt auch die humanitäre Hilfe eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der Länder des Globalen Südens im Umgang mit den Folgen des Klimawandels. Die zusätzlichen Mittel zum Umgang mit Klimaschäden und -verlusten sollten zudem Perspektiven über die kurzfristige Katastrophenbewältigung hinaus aufbauen. Die jüngsten Haushaltsentwicklungen lassen jedoch Zweifel aufkommen, ob Deutschland die im Koalitionsvertrag festgehaltenen Mittel für humanitäre Hilfe bedarfsgerecht verstetigen und erhöhen wird.

2.6 Lösungen für klimabedingte menschliche Mobilität unterstützen

Die Auswirkungen des Klimawandels auf die menschliche Mobilität – in Form von Migration und Vertreibung – sind nicht erst seit dem jüngsten Bericht des Weltklimarats wissenschaftlich belegt. Dass der Klimawandel die Migrationsmuster verändert, ist heute allerdings klarer denn je. Außerdem wird der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration direkter eingeschätzt, als dies bisher der Fall war.⁵⁶ Allein im Jahr 2021 wurden laut dem Internal Displacement Monitoring Centre 22,3 Millionen Menschen aufgrund von wetterbedingten Naturkatastrophen wie Stürmen, Dürren und Hitzewellen innerhalb ihrer Heimatstaaten vertrieben. Das sind etwa 1,5-mal so viele Migrant:innen wie durch Konflikte.⁵⁷ Dieser Herausforderung sollte sich eine neue deutsche Klimaaußenpolitik

⁵⁵ InsuResilience Global Partnership, 2021, [Annual Report 2021](#).

⁵⁶ Intergovernmental Panel on Climate Change, 2022, [Climate Change 2022: Impacts, Adaptation and Vulnerability](#).

⁵⁷ Internal Displacement Monitoring Centre, 2023, [2023 Global Report on Internal Displacement](#).

intensiv stellen. Dafür sollte die deutsche Bundesregierung ihren Verpflichtungen im Rahmen internationaler Abkommen und Gremien zur Unterstützung von Menschen, die klimawandelbedingt vertrieben werden oder migrieren müssen, wie dem Globalen Migrationspakt (GCM), der Platform on Disaster Displacement sowie im UNFCCC-Kontext der Task Force on Displacement, nachkommen und deren Arbeit unterstützen. Der erste internationale Review-Prozess rund um den Globalen Migrationspakt (International Migration Review Forum, IMRF) im Mai 2022 hat gezeigt, dass der Klimawandel von Migrationspolitiker:innen ernst genommen wird, aber noch zu sehr als zukünftige denn als bereits reale Herausforderung behandelt wird.

Das Hauptaugenmerk muss auf dem Schutz der Menschen und – wo möglich – auf der präventiven Unterstützung, also bevor sie ihre Heimat verlassen, sowie auf der Vorbereitung der Migrationsbewegungen liegen – ganz gleich, ob sie innerhalb ihrer Heimatländer, wie es der häufigste Fall ist, in die Nachbarländer oder in andere Regionen, wie nach Deutschland, migrieren oder vertrieben werden. Gewiss werden Fragen bezüglich des Status zunehmend relevant und Deutschland sollte sich hiermit konzeptionell und vorausschauend auseinandersetzen. Da die Folgen des Klimawandels nicht zu den Fluchtgründen im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention zählen, besteht für grenzüberschreitend Vertriebene eine Schutzlücke. Humanitäre Gründe spielen jedoch eine immer größere Rolle. Hinsichtlich der Verletzung geltender Menschenrechtsverträge⁵⁸ hat eine Einschätzung des UN-Menschenrechtsausschusses bereits grundsätzlich anerkannt, dass Klimafolgen zu Vertreibungen führen können und ein Rechtsweg für geschützte Personen geschaffen werden könnte (oder zumindest das Verbot der Abschiebung, Non-Refoulement).⁵⁹ Auch deutsche Gerichte beziehen bereits teilweise Umweltbedingungen in die Prüfung von Abschiebungsentscheidungen mit ein – etwa hinsichtlich Extremwetterereignissen wie Dürren und daraus resultierenden Nahrungsmittel- und Wasserknappheiten wie in Afghanistan, Irak und Somalia.⁶⁰ Die Bundesregierung könnte entsprechende Überlegungen auch in ein Partnerschaftskonzept mit afrikanischen Ländern integrieren und hier beispielhaft erproben, wie sie Migrationsfragen konstruktiv angehen kann.

2.7 Öffentliche und private Finanzflüsse Paris-kompatibel gestalten

Neben den Zielen der Begrenzung des Temperaturanstiegs (Artikel 2.1a des Pariser Klimaschutzabkommens) sowie der Anpassung und Resilienz (Artikel 2.1b) bildet das Ziel der Vereinbarkeit von Finanzströmen die dritte Säule des Pariser Klimaschutzabkommens (Artikel 2.1c). Dafür sollen alle Finanzflüsse an einer emissionsarmen und klimaresilienten Entwicklung ausgerichtet werden. Dazu ist ein Umlenken von öffentlichen und privaten Finanzmitteln unter Berücksichtigung weiterer Nachhaltigkeitsaspekte (zumindest im Sinne von „Do No Harm“) dringend erforderlich (Sustainable Finance).

Die Bundesregierung hat nach eigenen Angaben die Schlüsselrolle des Themas Sustainable Finance erkannt und hat dem Thema im Koalitionsvertrag ein eigenes Kapitel gewidmet.⁶¹ Oberstes Ziel ist, Deutschland auf der Basis einer ambitionierten „Sustainable Finance“-Strategie zu einem international führenden Standort im Bereich nachhaltiger Finanzen zu machen. Die im Mai 2021 vorgestellte „Sustainable Finance“-Strategie der alten Bundesregierung bleibt allerdings an vielen Stellen zu oberflächlich, ähnlich wie die im Koalitionsvertrag angekündigten Maßnahmen.⁶²

So hat die Bundesregierung die zentrale Rolle von Transformationsplänen für Unternehmen mit meilensteinorientierten CO₂-Reduktionszielen bis hin zur Treibhausgasneutralität im Jahr 2045 noch nicht erkannt. Zum einen bilden diese Pläne, die regelmäßig überarbeitet werden, die Grundlage für eine

⁵⁸ United Nations, 1966, [International Covenant on Civil and Political Rights](#).

⁵⁹ United Nations, n. d. a, [UN Treaty Bodies Database](#).

⁶⁰ Schloss, 2021, [Klimamigration – Wie werden Naturkatastrophen in deutschen Asylverfahren berücksichtigt?](#)

⁶¹ Bundesregierung, 2021, [Mehr Fortschritt wagen](#).

⁶² Ryfisch, Hoffmann, 2021, [Sustainable Finance-Aufwertung, doch Transformationskraft kann sich noch nicht entfalten](#).

unternehmenseigene Transformationsstrategie. Zum anderen legen sie dem Finanzmarkt die klimabedingten Risiken und Chancen offen, damit dieser das Unternehmen auch perspektivisch bewerten und so die Tragödie des kurzfristigen Horizontes überwinden kann. Darüber hinaus liefern sie alle nötigen Informationen für klimarelevante Berichts- und Sorgfaltspflichten der Unternehmen und ihrer Lieferkette. Für die Politik können sie wichtige Anreize für die notwendige Unterstützung der Transformation des Unternehmens geben.

Auch auf internationaler Ebene misst die Bundesregierung dem Thema Sustainable Finance bisher zu wenig Bedeutung bei. Eine durchdachte Klimaaußenpolitik setzt jedoch voraus, dass auch diese Dimension im eigenen Handeln berücksichtigt wird.

Hierfür ist es zentral, die UNFCCC-Verhandlungen zum dritten Langfristziel des Pariser Abkommens (Artikel 2.1c) voranzubringen. Aktuell hat dieses Ziel noch keinen eigenen Tagesordnungspunkt in den Verhandlungen. So ist zum Beispiel noch unklar, wie Fortschritte auf dem Weg zu diesem Ziel gemessen werden können. Das Standing Committee on Finance hat diesem Thema in seinem letzten Bericht zwar ein eigenes Kapitel gewidmet, jedoch nur als Ausgangspunkt. Die Bundesregierung sollte sich im Rahmen ihrer Klimaaußenpolitik auf der COP28 das Thema zum Anliegen machen. Auf europäischer Ebene sollte die Bundesregierung gemeinsam mit weiteren Mitgliedsstaaten zu den führenden Stimmen gehören, die für ambitionierte und wissenschaftsbasierte Gesetze und Leitlinien mobilisieren. Diese könnten dann anderen Ländern als Orientierung und idealerweise als „Goldstandard“ dienen. Zentrale Regulierungsinstrumente befinden sich noch in der Entwicklung. Neben der EU-Taxonomie sind dies die Corporate Sustainability Reporting Directive, der EU-Standard für grüne Anleihen und das EU-Lieferkettengesetz (Corporate Sustainability Due Diligence Directive). Diese europäische Sustainable-Finance-Strategie erfordert es, das Thema auch in die deutschen Botschaften, nach Brüssel und in andere europäische Länder zu tragen. Aber auch in den Partnerländern der G20 muss die Außenpolitik zum Thema Sustainable Finance gestärkt werden, um die Arbeitsgruppe zu Sustainable Finance unter der G20 voranzubringen. Nicht zuletzt sollte das Thema entsprechend der Ziele der Sustainable Finance-Strategie der letzten Bundesregierung stärker im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit mit Partnern aus dem Globalen Süden gefördert werden.

Zentralbanken beziehen Klimarisiken zunehmend in ihre Überlegungen ein. Ein wichtiger Akteur ist dabei das Zentralbankennetzwerk Network for Greening the Financial System. Dieses wird zukünftig für Deutschland noch relevanter, da Sabine Mauderer – die Vorständin der deutschen Bundesbank – ab 2024 den Vorsitz übernehmen wird. Im Rahmen der Reform der internationalen Finanzarchitektur kommt den Zentralbanken eine Schlüsselrolle bei der Reform des IWF zu. So ist die Bundesbank maßgeblich an der Weitergabe bestehender sowie an der Ausgabe neuer Sonderziehungsrechte des IWF beteiligt.

Auch auf nationaler Ebene müssen Richtlinien geschaffen und die öffentliche internationale Finanzierung schnellstmöglich in Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen gebracht werden. Die Weiterentwicklung der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zu einer Transformationsbank ist Gegenstand der Maßnahme 14 der Sustainable-Finance-Strategie der deutschen Bundesregierung. Dafür muss sie ihre bilaterale Finanzierung konsequent an der 1,5-Grad-Grenze ausrichten. Ähnliches gilt für die deutsche Außenwirtschaftsförderung. Dazu hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) neue Sektorleitlinien für Exportkredit- und Investitions Garantien verabschiedet, die November 2023 in Kraft getreten sind. Diese werden Investitionen in internationale fossile Infrastruktur massiv einschränken. Eine Ausnahme soll bis 2025 für neue Gasprojekte gelten, die für die geostrategische Energieversorgungssicherheit oder die nationale Sicherheit unerlässlich sind. Es ist ein positives Zeichen, dass Deutschland seine internationalen Zusagen ernst nimmt. Darüber hinaus sollte Deutschland allerdings deutlich machen, dass dies nur der erste Schritt der Regierung ist, um alle internationalen Investitionen klimakompatibel auszurichten. Im nächsten Schritt sollte die KfW mit ambitionierten Sektorleitlinien für ihre Investitionen eine ähnliche Führungsrolle übernehmen. Auch für die deutsche Finanzierung über die multilateralen Entwicklungsbanken sollte die Klimaverträglichkeit sichergestellt werden.

3 Wo: Strategische Ansätze mit Ländern und Regionen

3.1 Partnerschaften: Eine sozial gerechte Energiewende unterstützen und Resilienz stärken

Ein zentrales Ziel der deutschen Klimaaußenpolitik sollte sein, Staaten bei ihrer Just Transition – also bei einem gerechten Übergang hin zu einer klimaneutralen und gerechten Wirtschaftsweise – und beim Aufbau von Resilienz gegenüber den Folgen des Klimawandels zu unterstützen. Bi- und plurilaterale Partnerschaften in den Bereichen Klima, Energie und Entwicklung sind hierfür wichtige Instrumente. Diese sollten in enger Zusammenarbeit der entsprechenden Ressorts im Rahmen eines „Whole of Government“-Ansatzes, insbesondere aber durch das „Team Deutschland“ – bestehend aus dem Auswärtigen Amt (AA), dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), dem BMWK sowie dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) – koordiniert und umgesetzt werden. Aktuell gibt es eine Vielzahl von Partnerschaften der einzelnen Ressorts, welche jedoch besser koordiniert werden sollten.⁶³ Zudem sollte sich die Bundesregierung auch mit anderen Geberländern abstimmen, um Kohärenz und Effektivität zu fördern.

Partnerschaften mit stark emittierenden Ländern sind dann sinnvoll, wenn eine Zusammenarbeit im Sinne einer fairen und zügigen Transformation möglich ist. Ambitionierte Vorreiter sollten dabei unterstützt werden, den Umbau ihrer Gesellschaft zum Erfolg zu führen. Bei Partnerschaften mit besonders verletzlichen Ländern sollte der Schwerpunkt hingegen auf dem Aufbau von Resilienz und der Bewältigung von Schäden und Verlusten liegen. Im UNFCCC-Kontext sollte Deutschland eine enge Zusammenarbeit der EU mit den progressiven und vulnerablen Entwicklungsländern (zum Beispiel mit der Gruppe der Least Developed Countries, des Climate Vulnerable Forums, der Alliance of Small Island States und der Independent Association of Latin America and the Caribbean) vorantreiben, um gemeinsam die Transformation zu beschleunigen und Fortschritte in konfliktreichen und stockenden Verhandlungen zu erzielen.

Das Instrument der Klimapartnerschaften sollte strategisch unbedingt auch auf Staaten ausgerichtet werden, deren Transformation besonders herausfordernd erscheint.⁶⁴ Hier ist in der Regel mehrjährige Vorarbeit notwendig, bis der Austausch mit dem Partnerland in eine Partnerschaft münden kann. Solche Klimapartnerschaften sollten auch Staaten angeboten werden, die bislang fossile Energieträger nach Deutschland exportieren. Entscheidend ist, dass kein Land oder Unternehmen dafür bezahlt wird, fossile Energien im Boden zu lassen. Stattdessen muss gelten: Wer andere schädigt, muss diese Schädigung einstellen. Es spricht jedoch nichts dagegen, mit diesen Ländern beim Aufbau neuer Wertschöpfungsketten – etwa basierend auf Wasserstoff – und Wohlstandsmodelle zu kooperieren.

Relevant sind auch Rohstoffpartnerschaften. Sie sind ein zentrales Instrument, insbesondere für den Aufbau resilienter Lieferketten. Um den Zugang zu für die Energiewende wichtigen Ressourcen wie Lithium und Kobalt zu sichern, sind vielfältige Rohstoffpartnerschaften unerlässlich. Wo einseitige Abhängigkeiten bestehen, sollte der Zugang zu Rohstoffen diversifiziert werden. Diese Partnerschaften sollten einerseits auf den Prinzipien der Kreislaufwirtschaft – also auf Ansätzen, die den Rohstoffbedarf durch ökologisches Design, eine modulare Bauweise oder Wiederverwendungs- und

⁶⁰ Piria, Martini, 2023, [Developing Germany's Partnerships for Transformation: How Can Germany's Energy, Climate, Development and Raw Materials Partnerships Become more Transformative for a Resilient Transition to Climate Neutrality](#).

⁶⁴ Weischer et al., 2021, [Paris Partnerschaften: Ein Beitrag zur Neuausrichtung der deutschen Klimaaußenpolitik an den Zielen des Pariser Klima-Abkommens](#).

Recyclingmöglichkeiten minimieren – und andererseits auf dem möglichst hohen Import von Sekundärrohstoffen basieren. Auf diese Weise wird der extraktive Teil der Partnerschaft weitestgehend reduziert. Eine Rohstoffpartnerschaft im ernsthaften Sinne besteht zudem erst, wenn das Exportland nicht nur exportiert, sondern selber einen Teil der Wertschöpfungskette im eigenen Land aufbauen kann. Aus entwicklungspolitischer Sicht ist dies von zentraler Bedeutung.

Box 4. Just Energy Transition Partnerships

Die Just Energy Transition Partnerships (JETPs) sind ein plurilaterales Instrument, das 2021 bei der COP26 in Glasgow erstmals zwischen Südafrika und den G7-Staaten geschlossen wurde. Ziel ist es, die Länder bei ihrer grünen Transformation durch gebündelte finanzielle, technische und technologische Unterstützung zu fördern. Bisher wurden JETPs mit Südafrika, Indonesien, Vietnam und Senegal geschlossen. Zentrale Geberländer sind die G7-Staaten, aber auch Dänemark und Norwegen beteiligen sich. Der JETP-Ansatz ist noch neu und es bleibt abzuwarten, inwieweit er für den Übergang zu sozial gerechteren und auf erneuerbaren Energien basierenden Energiesystemen erfolgversprechend ist. Eine potenzielle Stärke des Ansatzes liegt darin, dass diese Partnerschaften die finanzielle und technische Unterstützung der einzelnen Geberländer besser koordinieren und so Doppelarbeit und eine ineffiziente Mittelverwendung vermeiden. Um dies sicherzustellen, bedarf es jedoch einer effektiven und prinzipienbasierten Umsetzung. Wichtige Prinzipien für die JETPs sind unter anderem ein klarer Bezug zu einer 1,5-Grad-kompatiblen Entwicklung, Transparenz und die Beteiligung verschiedener Stakeholder bei der Erarbeitung der Partnerschaft sowie der klare Ausschluss der Förderung von fossilen Energien. Zudem sollten JETPs die Verschuldungssituation des Landes beachten und nicht etwa durch (zinsgünstige) Kredite verschärfen. Dies gilt insbesondere auch für die Finanzierung der „Gerechtigkeitskomponente“, welche oft den Fokus auf die Arbeiter:innen in den Industrien legt, die von der Energie- und Wirtschaftswende besonders betroffen sind, für die Kredite im Regelfall nicht geeignet sind. Deutschland nimmt bei der JETP-Partnerschaft mit Senegal und in den eher stockenden Verhandlungen mit Indien eine zentrale Rolle ein. Hier sollte die Bundesregierung den Dialog mit der Zivilgesellschaft weiter pflegen und ausbauen und die JETP-Partnerländer immer wieder zu einem partizipativen Prozess ermutigen. Auch für die Zivilgesellschaft anderer JETP-Länder ist Deutschland ein wichtiger Ansprechpartner.

3.2 Eine realistische China-Klimapolitik

Die Dringlichkeit der Klimakrise, aber auch das immer angespanntere Verhältnis zwischen der EU und China erfordern eine neue China-Klimapolitik.⁶⁵ Diese muss auf der einen Seite anerkennen, dass die chinesische Politik teilweise anderen Werten folgt und China gerade in den klimarelevanten Wirtschaftsbranchen eine Dominanz anstrebt. Auf der anderen Seite müssen klimawissenschaftliche Fakten anerkannt werden: Ohne eine transformative Politik Chinas als weltweit größtem Emittenten wird es nicht gelingen, die globale Klimakrise einzudämmen. Gleichzeitig ist es in deutschem Interesse, einer chinesischen Politik entgegenzuwirken, die strategisch hoch subventionierte und abgeschirmte nationale Champions aufbaut, die Verlagerung von Innovationskernen wichtiger EU-Unternehmen nach China fördert und einseitige Handelsbarrieren errichtet. Deutschland braucht eine Strategie, um die Abhängigkeit von China bei klimarelevanten Technologien zu reduzieren, ohne dabei eine vollständige Abkopplung anzustreben. Die im Juli 2023 veröffentlichte China-Strategie der Bundesregierung ist ein sinnvoller Ausgangspunkt einer neuen China-Klima-Politik, die Risiken und Interessengegensätze klarer benennt und bearbeitet und gleichzeitig insbesondere im Klimabereich der Kooperation weiterhin einen hohen Stellenwert zumisst.⁶⁶ Grundlage für diese

⁶⁵ Weischer, Voß, 2023, [Realistische China-Klima-Politik](#).

⁶⁶ Bundesregierung, 2023, [China-Strategie der Bundesregierung](#).

Neuausrichtung sollte nicht nur der Austausch und Dialog mit China selbst sein, sondern auch die Umsetzung einer glaubwürdigen nationalen Klima- und Industriepolitik in Deutschland und die intensivere Zusammenarbeit mit Drittstaaten (vgl. Abbildung 1).



Abbildung 1. Drei Säulen einer wirksamen China-Klima Strategie. Quelle: Weischer et al., 2023, Realistische China-Klima-Politik.

Schon heute ist das 1,5-Grad-Limit nur dann gerade noch in Reichweite, wenn ein erheblicher Teil der fossilen Infrastruktur abgeschrieben wird, bevor sie sich wirtschaftlich refinanziert hat. Die Ambitionen des mit Abstand größten Emittenten China mit seinen dualen Klimazielen (Scheitelpunkt des Emissionsanstiegs/Peaking vor 2030, Klimaneutralität vor 2060) müssen deshalb erhöht werden. Ein erfolgversprechender Dialog zu Ambitionserhöhung kann allerdings nur auf höchster politischer Ebene geführt werden. Bei allen hochrangigen Kontakten mit China muss daher die Klimapolitik ein prioritäres Thema werden. Der Einfluss Chinas einerseits und eines in die EU eingebetteten Deutschlands andererseits auf die globale Energie- und Klimawende sind beträchtlich. Dort, wo „No Regret“-Kooperationen⁶⁷ möglich sind, sollten die bestehenden Kooperations- und Dialogformate weiter genutzt und ausgebaut werden. Ein wichtiger Bestandteil der China-Klimapolitik muss auch das Festlegen von Rahmenbedingungen für einen konstruktiven Wettbewerb sein. In vielen klimapolitisch relevanten Bereichen, wie der Technologieentwicklung, braucht es gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Akteure. Eine Intensivierung der Kooperation ist insbesondere dann möglich, wenn China eine klare Bereitschaft zum Anheben seiner klimapolitischen Ambitionen und zu fairem Wettbewerb zeigt. So wäre eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Dekarbonisierung der Industrie denkbar, etwa im Rahmen einer Mitgliedschaft Chinas in dem von der G7 angestrebten Klimaclub (siehe Box 4).

Infrastruktur-Initiativen wie die G7 Partnership for Global Infrastructure and Investment, zu der auch die „Global Gateway“-Strategie der EU beitragen soll, müssen als potenzielle grüne und nachhaltige Alternativen zur „Belt and Road“-Initiative von China schnellstmöglich operationalisiert und tatsächlich finanziert werden. Auch der auf dem G20-Gipfel in Indien angekündigte „India-Middle East-Europe Economic Corridor“ (IMEC) – ein 4800 Kilometer langer Korridor von Bahnstrecken, Häfen und Flughäfen, begleitet von digitalen Verbindungen und einem Energienetz – bietet bei ernsthafter Verfolgung erhebliche Chancen – aber auch Risiken.

⁶⁷ Kooperationen, die positive Impulse der chinesischen und EU-Klimapolitik ermöglichen, bei Nichterfolg aber nur geringe politische und finanzielle Kosten bedeuten. Dazu gehören beispielsweise technische Dialoge zu Transformationslösungen, beispielsweise CO₂-Bepreisung.

Gleichzeitig könnten sich in solchen Kontexten auch Möglichkeiten ergeben, um sowohl Synergien zwischen den westlichen und chinesischen Initiativen als auch Übereinstimmungen zwischen den Ambitionen des European Green Deal und dem chinesischen Konzept der „Ökologischen Zivilisation“ zur Erreichung der Klimaziele und der Agenda 2030 der Vereinten Nationen zu nutzen. Gegenüber China sollte daher auch bei der globalen Infrastruktur-Finanzierung nicht nur die Bereitschaft zum Wettbewerb, sondern weiterhin auch eine grundsätzliche Bereitschaft zur Koordination und Kooperation signalisiert werden, verbunden mit einer starken Betonung der europäischen Erwartungen an China und nur unter der Voraussetzung, dass eine Einigung auf gemeinsame soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards erzielt werden kann.

3.3 Indien

Indien ist ein vielversprechendes Land für eine umfassende Partnerschaft, die auf einer langjährigen deutsch-indischen Kooperation aufbauen kann. Der indische Subkontinent zeichnet sich einerseits durch einen sehr hohen absoluten Anstieg der Emissionen in den letzten Jahren aus. Andererseits ist Indien stark von den Folgen des Klimawandels betroffen und viele Menschen sind aufgrund der hohen Bevölkerungsdichte, der Armut und des teilweise mangelhaften Risikomanagements besonders verwundbar. Gleichzeitig hat sich Indien sowohl im Stromsektor als auch teilweise im Verkehrssektor ambitionierte nationale Ziele gesetzt. Inzwischen zeichnet sich zumindest im Bereich der Solarenergie ein regelrechter Boom ab. Indien zeigt auch Engagement in den Bereichen grüner Wasserstoff und grüner Stahl und es sind umfassende Ziele für die gesamte Volkswirtschaft in Planung, beispielsweise Investitionen in die Infrastruktur. Eine Partnerschaft könnte Indien bei der menschenrechtsbasierten Umsetzung seiner Ziele unterstützen. Allerdings erwartet Indien nicht einfach ein JETP (siehe Box 4), in dem es Gebern gegenübertritt, sondern ein Abkommen, das der neuen globalen Bedeutung des Landes Rechnung trägt. Um perspektivisch die indischen Klimaziele zu verschärfen, die wiederum in die eigene Entwicklungsplanung eingebettet sind, kann etwa an einer systemischen Energiewende (Ausbau Erneuerbarer Energien, Just Transition sowie Verkehrs- und Industrierende) sowie an einem systemischen Aufbau von Resilienz (klimaresiliente Infrastruktur und Klimarisikomanagement im Kontext des indischen Klimarisikoatlas) angesetzt werden.

Die von Bundeskanzler Scholz und dem indischen Premierminister Modi im Mai 2022 unterzeichnete „Partnerschaft für grüne und nachhaltige Entwicklung“ kann als potenzieller Meilenstein für eine neue Ära der Klimakooperation zwischen Indien und Deutschland angesehen werden. Partnerschaften wie diese sind der Schlüssel, um sich dem im Pariser Abkommen vereinbarten 1,5-Grad-Limit zu nähern. Mit zusätzlichen Mitteln und Kooperationen können in diesem für den Klimaschutz entscheidenden Jahrzehnt ehrgeizige Ziele erreicht werden, zum Beispiel beim Ausbau der Erneuerbaren Energien. Die Bundesregierung hat zehn Milliarden Euro an neuen und zusätzlichen Mitteln für Klimaschutz und Nachhaltigkeit in Indien zugesagt. Bislang gilt Deutschland in Indien als recht verlässlicher Partner, doch bleibt abzuwarten, ob diese Zusagen angesichts der angekündigten Kürzungen des Entwicklungsbudgets im deutschen Haushalt auch in die Tat umgesetzt werden. Transparenz und Rechenschaftspflicht über den Prozess und die Ergebnisse dieser Partnerschaft sind daher von entscheidender Bedeutung. Angesichts des schrumpfenden Handlungsspielraums der Zivilgesellschaft in Indien ist auch die unterstützende Rolle, die nichtstaatlichen Akteuren in der Partnerschaft eingeräumt wird, bemerkenswert.

Ob eine weit größer angelegte multi- oder plurilaterale JETP – vermutlich unter anderem Namen – zwischen Indien und beispielsweise der G7 gelingen kann, ist unklar. Sie hätte jedoch ein großes Potenzial für eine emissionsarme Entwicklung Indiens und könnte mit einem weitaus größeren Finanzvolumen als die deutsch-indische Partnerschaft das Land unter anderem darin unterstützen, bis 2030 die Hälfte seines Stroms mit Erneuerbaren Energien zu erzeugen.

3.4 Afrikanische Länder

Die Situation der afrikanischen Länder verdient besondere Aufmerksamkeit: Der Kontinent trägt nur vier Prozent zu den weltweiten Treibhausgasemissionen bei (bei mehr als 17 Prozent der Weltbevölkerung), hat aber ein hohes Potenzial für Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum, das die Energienachfrage stark erhöhen wird. Um der afrikanischen Bevölkerung bis 2030 einen flächendeckenden Zugang zu Strom zu ermöglichen sind jährliche Investitionen in Höhe von rund 25 Milliarden US-Dollar notwendig.⁶⁸ Auf dem Klimagipfel der Afrikanischen Union (AU) im September 2023 haben sich die afrikanischen Staaten auf ein gemeinsames Ausbauziel für Erneuerbare Energien in Höhe von 300 Gigawatt bis 2030 geeinigt.

Zugleich bedroht die Klimakrise massiv die Entwicklung vieler afrikanischer Länder. Die Länder müssen sich nicht nur an die veränderten Umweltbedingungen anpassen, sondern auch zunehmend mit klimabedingten Schäden und Verlusten umgehen. Schätzungen zufolge werden hierfür bis zu 52,7 Milliarden US-Dollar jährlich notwendig sein bis zum Jahr 2030.⁶⁹ Die Bundesregierung sollte daher die Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten zur Anpassung an den Klimawandel stärken und weiter ausbauen. Zudem ist die Unterstützung für einen baldigen und effektiven Fonds für Schäden und Verluste zentral, da dieser für afrikanische Staaten ein Finanzierungsinstrument darstellt.

Gleichzeitig steht der afrikanische Kontinent vor großen Herausforderungen beim Zugang zu Energie. Etwa 57 Prozent der afrikanischen Bevölkerung hat keinen ausreichenden Zugang zu Elektrizität und 83 Prozent der Menschen in Subsahara-Afrika haben keinen Zugang zu sauberen Kochmöglichkeiten. Viele afrikanische Länder haben die Möglichkeit zum Leapfrogging, also zum direkten Sprung ohne fossilen Zwischenstopp hin zu modernen, auf Erneuerbaren Energien basierenden Energiesystemen und einer grünen Wirtschaft. Allerdings befinden sich die afrikanischen Länder in unterschiedlichen Entwicklungsphasen der Energiewende beziehungsweise der sozial gerechten Energiewende (Just Transition). Während Länder wie Marokko einen nahezu hundertprozentigen Zugang zu Energie erreicht haben, aber noch stark von fossilen Brennstoffen abhängen, müssen andere Länder erst noch die Infrastruktur aufbauen, um ihrer Bevölkerung den Zugang zu Energie und Strom zu verschaffen. Je nach Land und vorhandener Energieinfrastruktur geht es beim Klimaschutz in afrikanischen Staaten also entweder um die Dekarbonisierung oder um das Leapfrogging fossiler Ökonomien.

Deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, den Kontinent bei der Entwicklung und Selbstversorgung mit Erneuerbaren Energien zur Deckung des eigenen schnell wachsenden Energiebedarfs zu unterstützen und gleichzeitig eine sozial gerechte Energiewende in Afrika zu beschleunigen. Eine Strategie, die bezahlbare Energie überwiegend auf der Basis Erneuerbarer Energien sicherstellt und einen großen Lock-in in der Gasinfrastruktur vermeidet, könnte – neben einer Kooperation bei geeigneten Instrumenten für Anpassung sowie für Schäden und Verluste – ein wichtiger Bezugspunkt sein. Die auf dem Afrika-Klimagipfel Anfang September 2023 angekündigte „Accelerated Partnership for Renewables in Africa“ hat das Potenzial, Länder mit großen Ambitionen beim Ausbau Erneuerbarer Energien und beim flächendeckenden Zugang zu Elektrizität gezielt finanziell und technisch zu fördern. Dass auch Deutschland eine solche Partnerschaft unterstützt, ist ein wertvolles erstes Signal.

JETPs sind auch im afrikanischen Kontext ein wichtiges Instrument, um afrikanische Länder mit hohen Emissionen und hoher Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen bei ihrer sozial gerechten Energiewende zu unterstützen. Die JETP mit Südafrika soll zum Beispiel den Ausstieg aus der Kohleverstromung und den Einsatz sauberer Technologien unterstützen. Im Senegal könnte sie den aufstrebenden Öl- und Gasproduzenten Anreize bieten, klimafreundliche Entwicklungspfade zu wählen und einen Lock-in in die fossile Infrastruktur zu vermeiden. Der parallele Vorstoß von Bundeskanzler

⁶⁸ IEA, 2023, [Financing Clean Energy in Africa](#).

⁶⁹ Saghir, 2023, [Three Ways to Bridge the Adaptation Funding Gap in Africa](#).

Scholz, Gasfelder in afrikanischen Ländern mit öffentlichen Geldern zu fördern, geht dagegen in die völlig falsche Richtung.

Für afrikanische Länder mit sehr geringen Emissionen, kaum vorhandener Energieinfrastruktur und hohem Leapfrogging-Potenzial gilt es, eine gezielte Förderung für 100 Prozent Erneuerbare Elektrizität und 100 Prozent Zugang zu sauberer Energie zu entwickeln. Die auf der COP27 beschlossene Klima- und Entwicklungspartnerschaft zwischen Deutschland und Kenia,⁷⁰ die Kenia dabei unterstützt, sein ehrgeiziges Ziel von 100 Prozent Erneuerbarer Energie in der kenianischen Stromversorgung zu erreichen, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Zusätzlich sollte geprüft werden, ob neben bilateralen Partnerschaften auch ein vergleichbares plurilaterales Partnerschaftskonzept nach dem Modell der JETP für das Leapfrogging auf 100 Prozent Erneuerbare Energien sinnvoll wäre.

Grundsätzlich gilt, dass jede mit Afrika angestrebte Partnerschaft – ob im Rahmen bi- und plurilateraler Partnerschaften, des neuen „Global Gateway“-Investitionspakets zwischen Afrika und Europa⁷¹ oder auch der neuen Afrika-Strategie des BMZ⁷² Klimaaspekte ins Zentrum rückt. Die Partnerschaften müssen so gestaltet werden, dass sie in erster Linie den Bedarfen der afrikanischen Bevölkerung entsprechen, die Bekämpfung von Ungleichheiten in den Fokus rücken und die afrikanische Eigenverantwortung sowie die Beteiligung der Zivilgesellschaft unterstützen.

Angesichts der reichhaltigen Möglichkeiten für Erneuerbare Energien gewinnt der afrikanische Kontinent als potenzieller und kosteneffizienter Lieferant von grünem Wasserstoff und Power-to-X-Technologien⁷³ zunehmend an Aufmerksamkeit. So hat Deutschland mit mehreren afrikanischen Ländern, darunter Südafrika, Marokko, Namibia und Nigeria, Energie- und Wasserstoffpartnerschaften geschlossen. Dazu braucht es klare Kriterien und Nachhaltigkeitsstandards sowohl für die importierenden als auch für die produzierenden Länder. Die Wasserstoffproduktion sollte immer dazu dienen, Energiearmut zu überwinden und den Ausbau Erneuerbarer Energien zu beschleunigen.⁷⁴ Die während des Gipfeltreffens zwischen der EU und der AU im Februar 2022 angekündigten Schritte zum Aufbau einer gemeinsamen Initiative für neue Partnerschaften für eine gerechte Energiewende und einer Initiative für Klimaresilienz müssen jetzt gemeinsam mit den afrikanischen Partnern entwickelt und angemessen finanziert werden.

3.5 Lateinamerika

Lateinamerika gewinnt als strategisch wichtige Region für einen ambitionierten Klima- und Umweltschutz zunehmend an Bedeutung und sollte deshalb eine hohe Priorität in der Klimaaußenpolitik erhalten. Die Region ist stark von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen, daher ist die Anpassung an sich verändernde Umweltbedingungen ebenso wichtig wie der Klimaschutz. Zudem ist die Region ein wichtiger Rohstofflieferant im Kontext der Energiewende.

Nach den Wahlen in der Region, etwa in Brasilien, Chile und Kolumbien, sind gemeinsame Interessen, Werte und das Engagement für Menschenrechte, Umweltschutz und Demokratieförderung wieder präsent. Angesichts der Veränderungen in den Lieferketten aufgrund der COVID-19-Pandemie und der russischen Invasion in der Ukraine, die die geopolitische Weltkarte verändert haben, möchte Deutschland seine Beziehungen zu der Region neu beleben. Das ist von großer Bedeutung, da die Region nicht nur für die Versorgung mit kritischen Ressourcen für die industrielle Transformation sehr relevant ist, sondern auch für die Artenvielfalt und den Klimaschutz. So halten führende

⁷⁰ BMZ, 2022, [Deutschland und Kenia vereinbaren Klima- und Entwicklungspartnerschaft](#).

⁷¹ Europäische Kommission, n. d., [EU-Africa: Global Gateway Investment Package](#).

⁷² BMZ, 2023, [Gemeinsam mit Afrika Zukunft gestalten](#).

⁷³ Power-to-X-Technologien bezeichnet die Umwandlung von Strom in andere Energieformen, die sich besser speichern und umwandeln lassen.

⁷⁴ Adow et al., 2022, [Green Hydrogen Production and Power-to-X Products in Africa](#); Beaucamp, Nforngwa, 2022, [Green Hydrogen in Africa: Risks and Benefits](#).

Wissenschaftler:innen einen Kipppunkt im Amazonasgebiet für möglich, an dem große Teile des Amazonas in kurzer Zeit zur Steppe werden könnten. Die Auswirkungen auf Treibhausgasemissionen, Artenvielfalt, Intensität von Wetterereignissen, den Wasserkreislauf in der gesamten Region und auf die lokalen Gemeinschaften wären verheerend.⁷⁵

Mit dem Regierungswechsel in Brasilien ist das Land wieder zu einem Schwergewicht in der globalen (Klima-)Politik geworden. Im Jahr 2024 hat Brasilien zudem die G20-Präsidentschaft inne und wird aller Voraussicht nach im Folgejahr die Weltklimakonferenz ausrichten. Deutschland hat seine Partnerschaft mit Brasilien bereits vertieft. In einer gemeinsamen Erklärung bekannten sich die beiden Länder zuletzt zu ambitioniertem Klimaschutz und initiierten einen Dialog zum 1,5-Grad-Pfad.⁷⁶ Auch Kolumbien steht im Zentrum künftiger Zusammenarbeit. In diesem Jahr wurde bereits eine bilaterale Klima- und Energiepartnerschaft zwischen Deutschland und Kolumbien vereinbart, um den Ausbau von Erneuerbaren Energien, den Schutz der Biodiversität und eine nachhaltige Stadtentwicklung voranzutreiben.⁷⁷ Ein nächster Schritt, um einen fairen Kohleausstieg in Kolumbien anzustoßen, wäre eine JETP mit dem Land, die auch neue klimaverträgliche Wertschöpfung in Kolumbien generiert.

Ein wichtiger Aspekt in der Zusammenarbeit mit Lateinamerika wird das Handelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay) sein, was noch dieses Jahr abgeschlossen werden könnte. Anstatt ein unverändertes Handelsabkommen zwischen EU und den Mercosur-Staaten zu ratifizieren, das den Handel auch mit potenziell klimaschädlichen Produkten (Soja, Rindfleisch, Verbrennerautos) weiter erleichtern würde, sollte die Bundesregierung eine umfassende Transformationspartnerschaft anstreben, die Handel und Investitionen für das gemeinsame Ziel der Dekarbonisierung und Klimaneutralität nutzbar macht. Zumindest sollte in der Beziehung zu den Mercosur-Staaten durch ein wirksames, wechselseitiges Waldschutzabkommen der Erhalt wichtiger Kohlenstoffsenken in Lateinamerika und Europa befördert werden.

3.6 Östliche Nachbarschaft der EU

Deutschland sollte als einen Schwerpunkt seiner Klimaaußenpolitik die Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarn der EU ausbauen. Dabei geht es einerseits um die EU-Beitrittskandidaten und andererseits um Staaten in der Nachbarschaft der EU, die (noch) keine Beitrittsperspektive haben. Die Ziele sind:

- Zusätzliche Impulse für eine sozial verträgliche Umsetzung der Ziele des European Green Deal (das heißt Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft).
- Die Stärkung der Energiesicherheit in den beteiligten Ländern und Regionen durch einen beschleunigten Ausbau von Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz sowie die dadurch mögliche wechselseitige Lieferung von erneuerbarem Strom – also eine größere Unabhängigkeit von fossilen Energielieferungen, insbesondere aus Russland.
- Die wirtschaftliche und soziale Stabilisierung der teils fragilen EU-Nachbarschaft. In diese Richtung wirken die Unterstützung eines sozial gerechten Strukturwandels in Ländern mit stark fossil geprägten Wirtschaftsstrukturen, die gemeinschaftliche Erarbeitung neuer ökonomischer Perspektiven und einer die Region verbindenden Infrastruktur (in den Bereichen Strom- und Wasserstoffnetze und Digitalisierung) sowie Lieferketten.
- Die Unterstützung von Staaten bei der Vorbereitung auf den EU-Beitritt in den Bereichen Klima- und Energiepolitik. Staaten ohne Beitrittsperspektive erhalten durch die Klimazusammenarbeit zusätzliche Optionen für ihre wirtschaftliche und energiepolitische Zukunft und eine enge langfristige Zusammenarbeit mit der EU.

⁷⁵ Schultheiß, 2023, [Amazonas-Regenwald: Welche Auswirkungen hat das Überschreiten des Kipppunkts auf die menschliche Sicherheit?](#)

⁷⁶ Auswärtiges Amt, 2023, [Joint Statement on Climate Ambition and Action by Germany and Brazil.](#)

⁷⁷ BMZ, 2023, [Deutschland und Kolumbien vereinbaren Klima- und Energiepartnerschaft.](#)

Deutschland sollte (auch zusammen mit anderen EU-Staaten) mit möglichst vielen dieser Länder Klima- und Energiepartnerschaften aufbauen sowie die bereits bestehenden Energie- oder Klimapartnerschaften stärken und auf lange Frist anlegen. Vielen dieser Länder mangelt es an Fachexpertise und günstigen Investitionsbedingungen, um die nötige Transformation schnell in Gang zu bringen. Eine klar auf lange Sicht angelegte Partnerschaft kann in den Partnerländern der EU und Deutschlands das Vertrauen stärken, den eigenen Strukturwandel auch zum eigenen Vorteil bewältigen zu können.

Schwerpunktländer für fortgeschrittene Klimapartnerschaften sind aktuell die sechs Staaten des Westbalkans, die Ukraine und Moldau. Gerade hier sind für die interne (und im Falle des Westbalkans zwischenstaatliche) Stabilisierung der Länder derzeit Signale nötig, dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten den Beitrittsprozess vorantreiben wollen. Dass dies zugleich Strukturreformen seitens der EU voraussetzt, erfordert einen zusätzlichen Kraftakt. Auch die Herausforderungen der Energiesicherheit sowie der Wirtschafts- und Strukturpolitik sind in diesen Staaten besonders groß. So sind die Ukraine und fast alle Staaten auf dem Westbalkan in besonderem Maße von Kohle abhängig. Zudem fehlt es massiv an Kapazitäten für den Aufbau eines ordnungspolitischen und institutionellen Rahmens für die Stärkung von Energieeffizienz, Erneuerbaren Energien und dafür um- und ausgebauten Stromnetzen.

Sowohl bezüglich des Westbalkans als auch der Ukraine sollte sich die Bundesregierung mit den EU-Partnerländern und der Europäischen Kommission über die Rollen- und Themenverteilung beim Aufbau von Klimapartnerschaften abstimmen. Die Bundesregierung sollte darauf hinwirken, dass weitere EU-Mitglieder Klima- und Energiepartnerschaften mit den Staaten der Region aufbauen.

Der Aufbau der auf dem Tirana-Gipfel 2023 unterzeichneten regionalen Klimapartnerschaft auf dem Westbalkan sollte vernetzt erfolgen. Zentral für den Erfolg der Energiewende auf dem Westbalkan ist die Stärkung der Energiezusammenarbeit zwischen den Klein- und Kleinststaaten mit ihren zum Teil unterschiedlichen, aber kompatiblen Erzeugungs- und Speicherbedingungen für Erneuerbare Energien. Die Stärkung der grenzüberschreitenden Energiezusammenarbeit innerhalb des Westbalkans hat damit neben einer ökologischen und ökonomischen auch eine friedenspolitische Dimension. Als ein Schwerpunkt der regionalen Klimapartnerschaft mit dem Westbalkan bietet sich neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien und des Stromnetzes der Kohlestrukturwandel an. Die regionale Klimapartnerschaft Deutschlands mit dem Westbalkan muss nun mit Leben gefüllt werden. Klug implementiert, kann sie interessante Dynamiken auslösen, beispielsweise hinsichtlich einer verstärkten Zusammenarbeit innerhalb der Region.

Mit der Ukraine hat Deutschland 2020 eine Energiepartnerschaft vereinbart, die in ihrer Zielsetzung eine weitestgehende Energiewendepartnerschaft darstellt. Zu den vereinbarten Schwerpunkten der Partnerschaft gehören unter anderem die Steigerung von Energieeffizienz, die Integration Erneuerbarer Energien in das Energiesystem sowie der Transformationsprozess in den ukrainischen Kohleregionen. Die Entwicklung einer grünen Wasserstoffwirtschaft mit dem Aufbau eines neuen Wertschöpfungsmodells in der Ukraine sowie Exportoptionen in Richtung Deutschland und EU stehen ebenfalls auf der Agenda, sind bisher allerdings kaum mit Aktivitäten unterlegt. In mehreren der Themenbereiche arbeiten deutsche Akteure wie die Deutsche Energie-Agentur (dena), die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und Germanwatch zusammen mit ukrainischen Partnerorganisationen an der Umsetzung.

Der recht breit angelegten ukrainisch-deutschen Energiewendepartnerschaft fehlt allerdings eine ausreichend gute Vernetzung mit der deutschen Klimadiplomatie. Zur COP26 in Glasgow war die Ukraine 2021 mit neuen nationalen Klimabeiträgen (Nationally Determined Contributions, NDCs) angereist, die eine deutliche Ambitionssteigerung im Vergleich zu den alten NDCs darstellten. In Glasgow versprach die Ukraine zudem, bis 2035 aus der Kohle auszusteigen. Im Gegenzug erhoffte sich die ukrainische Regierung eine deutliche Steigerung des Klimaschutzengagements unter anderem Deutschlands in der Ukraine. Diese Hoffnung erfüllte sich nicht, auch weil die deutsche Klimaaußenpolitik zu diesem Zeitpunkt für ein derart integriertes Vorgehen nicht aufgestellt war. Durch den Angriff Russlands auf die Ukraine, aber auch durch die in Kiew wahrgenommene mangelnde Unterstützung für die Erhöhung der NDCs und das Kohleausstiegsversprechen, stehen die Ankündigungen zu den neuen NDCs und zum Kohleausstieg in der Ukraine aktuell wieder zur Debatte.

Der Wiederaufbau der Ukraine bringt viele neue Herausforderungen, aber auch Chancen mit sich. Die Ukraine steht nach dem Einmarsch der russischen Armee vor der enormen Aufgabe des Wiederaufbaus der Infrastruktur. Deutschland sollte seine Energiepartnerschaft mit der Ukraine zu einer Klima- und Wiederaufbaupartnerschaft weiterentwickeln, die zum Ziel hat, mit der nun anstehenden Investitionswelle die Infrastruktur und die Gesamtwirtschaft der Ukraine auf einen Pfad zu bringen, der mit den Klima- und Transformationszielen der EU übereinstimmt. Das Festhalten an den neuen NDCs und am Kohleausstieg bis 2035 ist dafür ein zentraler Rahmen.

Deutschland sollte die Klimazusammenarbeit in den kommenden Jahren nach Möglichkeit auch mit weiteren Staaten der Region intensivieren, beispielsweise im Südkaukasus und in Zentralasien. Welche Staaten hier neben Ukraine und Moldau besonders in Frage kommen, sollte die Bundesregierung vertieft analysieren.

3.7 Unterstützung der Transformation zusammen mit den fossilen Exportländern

Wichtiger Bestandteil einer Strategie der deutschen Klimaaußenpolitik sollte die Begleitung und Unterstützung der wirtschaftlichen Transformation und des Strukturwandels in den öl- und gasexportierenden Ländern sein. Hier gilt es, gemeinsam oder abgestimmt Alternativen zu den wegbrechenden fossilen Handelsbeziehungen voranzutreiben und neue ökonomische Zukunftsperspektiven für das Partnerland zu entwickeln.

Staaten, die von Öl- und Gasexporten abhängig sind, sind in der Regel stark vom sogenannten Ressourcenfluch betroffen: Die Exporterlöse kommen meist nur wenigen zugute, steigern aber den realen Wechselkurs des Landes, sodass das verarbeitende Gewerbe und der Dienstleistungssektor an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Der relativ kleine Teil der Bevölkerung, der vom Verkauf der Rohstoffe profitiert, schützt sich oft militant oder gar paramilitärisch – Korruption und eine Tendenz zu autoritären Regierungen gehen damit oft einher. Die Folgen sind häufig eine große Ungleichverteilung des Wohlstands, wirtschaftliche Stagnation oder Rückschritte in der unvollendeten Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.

Diese Situation erschwert oft den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft, auch in den betroffenen Ländern mit mittlerem und hohem Einkommen. Die deutsche Wirtschaft und Bevölkerung hat jahrzehntelang vom Import meist billigen Erdöls und Erdgases profitiert und damit indirekt zu den beschriebenen Folgen in den Exportländern beigetragen. Deutschland steht daher in der Verantwortung, die betroffenen Länder bei ihrer oft nicht einfachen Neuerfindung im Sinne der Transformation zu unterstützen. So kann Deutschland positive Impulse für die langfristige Stabilisierung ganzer Regionen geben und langfristig von neuen Austausch- und Geschäftsmodellen wirtschaftlich profitieren. Länder in der MENA-Region (Middle East and Northern Africa), in Zentralasien, im Kaukasus sowie auf lange Sicht theoretisch auch Russland stehen dabei besonders im Fokus. Denn hier sind die historischen Export-Import-Beziehungen stark ausgeprägt und die Gewinne durch regionale Stabilisierung und wirtschaftliche Chancen potenziell mit am größten.

Wichtig für den Erfolg solcher Kooperationen erscheint ein partnerschaftlicher Ansatz bei der Transformation der fossilen Export-Import-Energiebeziehungen. Um das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit der Zusammenarbeit im Partnerland zu stärken, sollten Deutschland und die EU ihre wirtschaftlichen Ziele dabei klar kommunizieren und nach Möglichkeit zum Gegenstand des Austausches machen. Ein solcher transparenter Ansatz ist gegenüber Staaten, mit denen traditionell nicht die engsten Austauschbeziehungen bestehen, besonders hilfreich. Um die wirtschaftliche Resilienz zu erhöhen, sollte es nach Möglichkeit auch um den Aufbau komplexerer Lieferketten als in der heutigen fossilen Wirklichkeit gehen – also nicht nur um die Umstellung von Ölexport auf grünen Wasserstoff. Darüber hinaus sollte die Zivilgesellschaft einbezogen werden, da sie ein wichtiger Türöffner für demokratische Strukturen ist.

4 Wie: Strukturelle Bedingungen für eine erfolgreiche Klimaaußenpolitik

Für eine transformative deutsche Klimaaußenpolitik sind drei Kernelemente grundlegend: erstens ein gemeinsames Verständnis der Bedeutung und Ziele von Klimaaußenpolitik, zweitens eine klare Strategie und drittens funktionierende Strukturen für die Koordinierung und Umsetzung.

4.1 Gemeinsames Verständnis der Bedeutung und Ziele von Klimaaußenpolitik

Für eine Fortschrittsregierung, die nicht nur inhaltlich, sondern auch strukturell neue Wege geht, ist eine kohärente und an ihren Zielen ausgerichtete Klimaaußenpolitik zentral. Die Ampel-Parteien bekennen sich erfreulicherweise in ihrem Koalitionsvertrag klar zu diesem gemeinsamen Verständnis und Ziel: „Wir setzen uns insbesondere für eine gemeinsame, konsequente Klimaaußenpolitik und Klimagerechtigkeit im Sinne des European Green Deal, der Agenda 2030 und des Pariser Klimaabkommens ein.“⁷⁸

Damit sind – wenn den Worten auch Taten folgen – wichtige Voraussetzungen geschaffen. Denn rückblickend fehlt es bisher an einer solchen kohärenten, gemeinsamen und an konkreten Zielen ausgerichteten Klimaaußenpolitik, insbesondere hinsichtlich der Verankerung in allen relevanten Ministerien. Auch wenn Deutschland in verschiedenen Foren international kooperiert und im Vergleich zu anderen Ländern viele finanzielle Ressourcen bereitstellt (beispielsweise für die internationale Klimafinanzierung), ist das Handeln noch nicht kohärent genug. Potenziale werden nicht ausreichend genutzt und die bereits etablierten Gesprächskanäle und Beziehungen könnten deutlich mehr Wirkung entfalten. Die zentrale Lücke: Eine ressortübergreifende Strategie, die die unterschiedlichen Kompetenzen, Expertisen und Zugänge der verschiedenen Ministerien integriert, Synergien nutzt und sich an konkreten Zielen orientiert. Zentrale Akteure sind hier unter anderem das BMWK, das AA, das BMUV, das Bundesministerium der Finanzen (BMF) und das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).

Der Koalitionsvertrag unterstreicht jedoch diese Absicht wie folgt: „Die deutsche Außenpolitik soll aus einem Guss agieren und ressortübergreifend gemeinsame Strategien erarbeiten, um die Kohärenz unseres internationalen Handelns zu erhöhen.“⁷⁹ Für den Bereich der Außenpolitik, der sich auf Klimaschutz und den Umgang mit der Klimakrise konzentriert, bleibt der Koalitionsvertrag⁸⁰ in der konkreten Ausgestaltung allerdings noch vage – hier ist eine schnelle Verständigung auf konkrete Ziele notwendig.

4.2 Klare Strategie

Die deutsche Regierung hat erfreulicherweise den Ankündigungen und Selbstverpflichtung aus dem Koalitionsvertrag erste Taten folgen lassen. So hat sie in ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie beschlossen, die Auswirkungen der Klimakrise auf die nationale Sicherheit von führenden wissenschaftlichen Institutionen und dem Bundesnachrichtendienst untersuchen zu lassen und den Prozess zur Erstellung einer gemeinsamen, ressortübergreifenden Strategie zur deutschen Klimaaußenpolitik eingeleitet. Der Anspruch dabei ist, die großen geopolitischen Fragen, die die internationale Klimadebatte so herausfordernd machen, in einer Strategie zusammenzuführen: Sei es die

⁷⁸ Bundesregierung, 2021, [Mehr Fortschritt wagen](#).

⁷⁹ Ebd.

⁸⁰ Schäfer et al., 2021, [Startschuss für eine explizite und kohärente deutsche Klimaaußenpolitik](#).

Frage nach der Technologieführerschaft bei Erneuerbaren Energien, die Frage nach den alten Reichtümern der fossilen Industrie oder die Frage, wer für Klimaschäden zahlt. Ein Ergebnis wird im Winter 2023 erwartet.

Die Eckpfeiler einer solchen Strategie wurden in einem Dialogprozess auch mit der deutschen Zivilgesellschaft und Wirtschaft diskutiert und im Bundestag beraten. Die Strategie für die Klimaaußenpolitik muss nun vom Kabinett verabschiedet werden und sollte folgende Kriterien erfüllen:

- Sie sollte **ambitioniert und an den multilateral beschlossenen Zielen für Klima, Nachhaltigkeit und Menschenrechten** orientiert sein. Dies sind zum einen die drei Ziele des Pariser Klimaabkommens: (a) ausreichender Klimaschutz, um das Unbewältigbare zu vermeiden (konkretisiert durch das Ziel, den Temperaturanstieg auf möglichst 1,5 Grad zu begrenzen), (b) Stärkung der Resilienz – vor allem in den verletzlichsten Staaten –, um das Unvermeidbare zu bewältigen kann (konkretisiert durch Umsetzungsstrategien für Klimaanpassung, -verluste und -schäden) und (c) Umschichtung der internationalen Finanzströme, um die beiden anderen Ziele zu erreichen. Zum anderen sind dies die SDGs.⁸¹ Es war kein Zufall, dass kurz vor dem Pariser Abkommen im Jahr 2015 die Globalen Nachhaltigen Entwicklungsziele verabschiedet worden sind. Denn für viele ärmere Länder schien die Umsetzung der Klimaziele von Paris nur im Rahmen dieser Nachhaltigkeitsziele möglich. Wichtig ist, dass die SDGs nicht gegen die Menschenrechte ausgespielt werden, sondern im Gegenteil menschenrechtsbasiert umgesetzt werden. Konkrete Prinzipien (wie menschenrechtsbasiert, geschlechtergerecht, partnerorientiert sowie offen für Beteiligung von Zivilgesellschaft und Wissenschaft) können eine grundlegende Orientierung bieten. Darauf aufbauend gilt es, konkrete Meilensteine, Aktivitäten und Instrumente (wie Partnerschaften) für die bi- und multilaterale Zusammenarbeit zu benennen, mit denen die gesetzten Ziele erreicht werden sollen.
- Sie sollte diese Ziele und Werte mit den **geopolitischen Interessen möglicher Partner** so kombinieren, dass wirkmächtige Allianzen entstehen. Damit sich weltweit diejenigen zusammenschließen, die klimapolitisch wirklich etwas erreichen wollen, bedarf es aber einer Strategie, die die darüber hinausgehenden geopolitischen Interessen im Blick hat und dies beim Aufbau entsprechender Allianzen berücksichtigt. Hierbei geht es um Nord oder Süd, Schwellenland, kleiner Inselstaat oder europäische, amerikanische oder asiatische Industrienationen. Diese müssen sich nicht zwangsläufig in ein „Lager“ mit Deutschland oder der EU begeben, sollten aber ermutigt werden, sich für die gemeinsamen Sicherheitsinteressen einzusetzen.
- Sie sollte zu starke **Abhängigkeiten im Kontext der Klimatransformation vermeiden**. So gilt es zu verhindern, dass die EU und Deutschland etwa von China ähnlich abhängig werden, wie sie es von Russland bei der Gasversorgung waren, wo der Rohstoff dann letztlich als Waffe eingesetzt wurde. Neben der Kooperation mit China geht es also auch darum, die Partnerländer zu diversifizieren, den Rohstoffbedarf durch eine Kreislaufwirtschaft deutlich zu verringern und zugleich zum Beispiel eine Produktion für Mikrochips und Batterien in Deutschland oder der EU aufzubauen. Ziel ist eine ausreichende Energie- und Rohstoffsouveränität, nicht aber eine Rohstoff- und Energieunabhängigkeit.
- Sie sollte im Sinne eines **„Whole of Government“-Ansatzes** kohärent gestaltet sein, die **koordinierten Beiträge** verschiedener Ressorts klar herausstellen und **Synergien sinnvoll nutzen**. Dabei sollten die spezifischen Expertisen und Stärken der verschiedenen Ressorts – auch unter Nutzung des unterschiedlichen Charakters der Beziehungen zu den (Partner-)Ländern (zum Beispiel im Kontext des BMZ, AA, BMWK und BMUV) – beansprucht und eine kohärente Verzahnung auch mit der Klimaaußenpolitik auf EU-Ebene sichergestellt werden.

⁸¹ United Nations, n. d. b, [The 17 Goals](#).

- Entsprechend dem Prinzip „mit gutem Beispiel vorangehen“ sollte sie auf einer **ambitionierten Klima-Innenpolitik aufbauen** – und ihrerseits die innenpolitischen Ziele stärken. Wenn die Industrie der EU nicht geschwächt, sondern gestärkt aus der Transformation hervorgeht, kann dies erhebliche positive Auswirkungen auf das Vertrauen in die Transformation in anderen Industrie- sowie Schwellenländern haben.
- Der **Strategieentwurf sollte sowohl im Deutschen Bundestag als auch mit der deutschen Zivilgesellschaft und potenziellen Partnerländern diskutiert werden**. So kann dem Trend zur Einschränkung der Zivilgesellschaft entgegengewirkt und letztlich demokratische Tendenzen gefördert werden.
- Nach Verabschiedung einer Strategie sollte in den Folgejahren ein **jährlicher Fortschrittsbericht** vorgelegt und regelmäßig mit einem Sounding Board – bestehend aus Personen aus den Partnerländern sowie Expert:innen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft – über Verbesserungspotenziale und eventuell notwendige Anpassungen diskutiert werden.

4.3 Funktionierende Strukturen für Koordination und Umsetzung

Die Klimaaußenpolitik kann als Gemeinschaftsvorhaben der Bundesregierung nur dann Erfolg haben, wenn verschiedene Ressorts an einem Strang ziehen. Dafür braucht es einen „Whole of Government“-Ansatz im „Team Deutschland“.

Die für die Klimaaußenpolitik besonders relevanten Ressorts – AA, BMWK, BMZ und BMUV – haben bereits neue Strukturen zur Zusammenarbeit geschaffen. Hier findet ein regelmäßiger Austausch auf Ebene der Staatssekretär:innen und den nachgeordneten Ebenen statt. **Die Ressorts sollten die Strategie der Klimaaußenpolitik von Anfang an gemeinsam erarbeiten**. Für die Klimapartnerschaften ist eine enge Zusammenarbeit vereinbart, wobei einzelne Häuser beziehungsweise ihre Staatssekretär:innen die Koordination für einzelne Länder übernehmen. Diese neue Struktur – vor allem aber der **neue Geist der partnerschaftlichen Zusammenarbeit** – ist sehr zu begrüßen und sollten wie vereinbart umgesetzt werden.

Die enge Zusammenarbeit zwischen den vier Häusern ließe sich weiter intensivieren. Dies setzt allerdings die Bereitschaft zu innovativen Formen der Kooperation voraus, die über die in der Ministerialbürokratie üblichen Verfahren hinausgehen. Zu prüfen wären insbesondere folgende Fragen:

- Kann ein ressortübergreifender Arbeitsstab eingerichtet werden, der die Entwicklung und Umsetzung der Klimastrategie begleitet und die Koordinationsrunden zwischen den Ressorts vor- und nachbereitet? Mitarbeiter:innen aller beteiligten Häuser sollten Teil des Stabes sein. Er könnte entweder bei dem:der Staatssekretär:in für Klimaaußenpolitik im Auswärtigen Amt angesiedelt oder aber bei einem jährlich wechselnden Ministerium ange-dockt werden.
- Kann ein von den vier Ressorts gemeinsam verwalteter Fonds für Klimapartnerschaften geschaffen werden?⁸² Die Internationale Klimainitiative (IKI) wird seit 2022 zwar federführend vom BMWK verwaltet, aber auch von AA und BMUV genutzt – dies könnte ein Grundstein für die gemeinsame Planung und Nutzung von Haushaltsmitteln sein.

Darüber hinaus gibt es weitere Ministerien, die für die Klimaaußenpolitik eine wichtige Rolle spielen. Zu nennen sind hier in erster Linie das Bundeskanzleramt – aufgrund seiner koordinierenden Rolle und der Zuständigkeit für G7, G20 und den Europäischen Rat – sowie das Bundesfinanzministerium – aufgrund seiner Zuständigkeit für einige multilaterale Entwicklungsbanken, den IWF sowie für den

⁸² Das Design und die praktische Umsetzung könnten sich beispielsweise an dem Konzept der grünen Bundestagsfraktion für einen gemeinsam von AA und BMZ verwalteten „Fonds Ressortkoordination zivile Krisenprävention“ orientieren.

Bundeshaushalt, aus dem erhebliche zusätzliche Mittel für die internationale Klimafinanzierung benötigt werden, um eine glaubwürdige und wirksame Klimaaußenpolitik umsetzen zu können. Aber auch weitere Häuser, wie das BMBF oder das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), führen eigene Projekte der internationalen Zusammenarbeit durch und vertreten Deutschland in internationalen Gremien, in denen Klimaaspekte eine Rolle spielen (oder spielen sollten). Auch sie sollten zumindest bei Bedarf in eine Koordinationsstruktur eingebunden werden.

Sinnvoll wäre eine große Ressortrunde zur Klimaaußenpolitik, an der wenigstens AA, BMF, Bundeskanzleramt, BMUV, BMWK und BMZ teilnehmen. Im Koalitionsvertrag heißt es dazu: „Unsere Klimaaußenpolitik wollen wir u. a. mit dem Klimakabinett kohärenter und stärker machen.“⁸³ Es bietet sich daher an, diese Runde als klimaaußenpolitische Konstellation des Klimakabinetts tagen zu lassen. Ein Treffen auf Ebene der Minister:innen etwa alle drei bis vier Monate erscheint angemessen, bei Bedarf ergänzt durch häufigere Treffen auf Ebene der Abteilungsleitung.

4.4 Verankerung in der EU

Die Verankerung der deutschen Klimaaußenpolitik in der EU ist aus mehreren Gründen entscheidend. Zum einen ermöglicht die Einbettung in die EU-Strukturen ein koordiniertes Vorgehen, das die Wirkung der einzelnen Mitgliedstaaten verstärkt. Durch die Abstimmung klimapolitischer Leitlinien mit den EU-Partnern können Synergieeffekte erzielt werden, die weit über die Summe der einzelnen nationalen Anstrengungen hinausgehen. Wenn die EU-Länder im Konzert der Supermächte – gemeinsam mit Partnerstrukturen in der ganzen Welt – weiterhin eine relevante Rolle spielen wollen, ist ein solches koordiniertes Auftreten zentral.

Deutschland sollte zudem zur Aufwertung der Klimaaußenpolitik der EU beitragen. Ein positiver Schritt in diese Richtung ist die von Deutschland und Dänemark im Oktober 2022 gegründete Group of Friends for Ambitious EU Climate Diplomacy.⁸⁴ In dieser Gruppe treffen sich die Außenminister:innen der Mitgliedsstaaten regelmäßig und veröffentlichen zudem gemeinsame Statements zu ihren Prioritäten. Dieser Austausch auf Ebene der Außenminister:innen ist ein wichtiger Schritt um Klima als Querschnittsthema in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik zu stärken. Zudem sollten bessere Koordinationsmechanismen und eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) und der Europäischen Kommission für die Klimaaußenpolitik angestrebt werden.

Auch die klimapolitische Kompetenz in den Auslandsvertretungen muss dringend gestärkt werden. Sinnvoll wäre ein Fortbildungsprogramm für Diplomaten:innen zu neuen Entwicklungen wie dem European Green Deal, eine aktive Kommunikationsstrategie zur besseren Vermittlung deutscher und europäischer Klimapolitik im Ausland (insbesondere zu kritischen Themen wie CBAM oder dem Klimaclub) und die Schaffung von Stellen für Klimaattachés und lokale Expert:innen an allen Botschaften (in klimapolitisch besonders relevanten Ländern auch mehr als eine Person). Bei wichtigen Klimapartnerschaften sollte auch das „Umfeld“ – das heißt Partnerländer, regionale politische Allianzen und regionale Banken – systematisch einbezogen werden.

Der Austausch im Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten (ASTV) und die Verbreitung von Klimabotschaften durch die EU-Institutionen stellen sicher, dass die klimapolitischen Ziele und Strategien sowohl innerhalb der Union als auch auf globaler Ebene klar und kohärent kommuniziert werden. Darüber hinaus sollte sich Deutschland gemeinsam mit ambitionierten europäischen Partnerländern für die Stärkung und den Ausbau des Europäischen Auswärtigen Dienstes in Klimafragen einsetzen, um die klimapolitischen Ziele der Union konsequent zu verfolgen.

⁸³ Bundesregierung, 2021, [Mehr Fortschritt wagen](#).

⁸⁴ Dieser Gruppe gehören aktuell 13 Länder an: Deutschland, Dänemark, Spanien, Niederlande, Lettland, Slowenien, Estland, Finnland, Irland, Belgien, Luxemburg, Schweden und Frankreich.

Auf der anderen Seite ist es wichtig zu sehen, dass eine grundsätzliche strategische Abstimmung in der EU auch bedeutet, dass je nach Situation zur Umsetzung dieser gemeinsamen Strategie bilaterale Koalitionen, wie zum Beispiel zwischen Deutschland und Frankreich oder Deutschland und Dänemark, effektiver sein können, um spezifische Ziele in der nötigen Geschwindigkeit zu erreichen. Dies kann auch dann der Fall sein, wenn der Versuch, einen Konsens aller EU-Mitgliedstaaten in allen Details zu erreichen, zu einer langwierigen Pattsituation, möglicherweise zu einer Abschwächung der Ambitionen oder nur zu einem kleinsten gemeinsamen Nenner führen würde. In solchen Fällen kann ein flexiblerer und anpassungsfähigerer Ansatz, der sowohl multilaterale als auch bilaterale Strategien umfasst und der Umsetzung des European Green Deal nach innen und außen dient, entscheidend für eine effektive und ambitionierte Klimaaußenpolitik der EU und Deutschlands sein. Dementsprechend sollte Deutschland im Rahmen einer verstärkten strategischen Abstimmung mit der EU und ihren Mitgliedstaaten durchaus Spielräume für ein flexibles Vorgehen im Einzelfall bewahren.

5 Ausblick

Eine neue deutsche Klimaaußenpolitik ist auf dem Weg – in einer Welt, in der sich die geopolitischen Rahmenbedingungen, die Rolle von Energie und die Schwere von Wetterextremen massiv verändern. Mit ihrem Koalitionsvertrag haben die Ampelparteien einen zentralen Grundstein gelegt und in der Nationalen Sicherheitsstrategie die Eindämmung der Klimakrise und den Umgang mit ihren Folgen als „eine der fundamentalen und zugleich drängendsten Aufgaben dieses Jahrhunderts“ verankert. Seit Beginn der Legislaturperiode wurde das Thema bereits diskutiert und an verschiedenen Stellen vorangetrieben – thematisch und strukturell. Der nächste wichtige Meilenstein ist nun die Strategie der Bundesregierung.

Die Erwartungen an die klimaaußenpolitische Strategie sind hoch: Sie muss kurz- und mittelfristige Krisenbekämpfung konstruktiv verbinden und die Ziele und Werte intelligent mit den geostrategischen Interessen Deutschlands, der EU und potenzieller Partnern verknüpfen. Insgesamt muss die Strategie zu einem zentralen Instrument für die gemeinsame Gestaltung von Sicherheit in einer Welt zunehmender Krisen werden.

Gerade in der aktuellen Weltlage und in einem äußerst angespannten geopolitischen Kontext, dominiert durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und die damit einhergehenden Herausforderungen der Ernährungs- und Energiesicherheit, gilt es, die Strategie so effektiv wie möglich umzusetzen. Entscheidend ist, die Bekämpfung der Klimakrise ganz oben auf der Agenda zu halten – und mit den anderen Herausforderungen zu verzahnen. Gleichzeitig strahlt die erste deutsche klimaaußenpolitische Strategie auf andere (EU-)Länder aus. Umso wichtiger ist es, ambitioniert voranzugehen und sich als Vorreiter zu positionieren. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn die politische Strategie durch eine Umsetzungsstrategie sowohl für Deutschland als auch für die EU flankiert wird.

Literaturverzeichnis

Adow, M., Wemanya, A., Opfer, K., Nweke-Eze, C., Njamnshi, A. B., Fernandez, J., Singer, S. (2022). Green Hydrogen Production and Power-to-X Products in Africa. Germanwatch e. V. Verfügbar unter: <https://www.germanwatch.org/en/84785> (16.10.2023)

Allert, V., Glaeser, A., Larina, M. (2023). Impacts of the EU Carbon Border Adjustment Mechanism on the Western Balkans and Ukraine. Verfügbar unter: <https://www.germanwatch.org/de/88457> (16.10.2023)

Ariadne. (2023). Transformation Tracker. Verfügbar unter: <https://tracker.ariadneprojekt.de/#co2-emissions-total> (16.10.2023)

Armstrong McKay, D., et al. (2022). Exceeding 1.5°C Global Warming Could Trigger Multiple Climate Tipping Points. Verfügbar unter: <https://www.science.org/doi/10.1126/science.abn7950> (16.10.2023)

Auswärtiges Amt. (2022a). G7 Foreign Ministers' Statement on Climate, Environment, Peace and Security. Verfügbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/en/newsroom/news/-/2531240> (16.10.2023)

Auswärtiges Amt. (2022b). G7 Germany 2022 – Foreign Ministers' Communiqué. Verfügbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/en/newsroom/news/-/2531266> (16.10.2023)

Auswärtiges Amt. (2022c). Rede von Außenministerin Annalena Baerbock zur Eröffnung des Petersberger Klimadialogs. Verfügbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/baerbock-petersberger-klimadialog/2542750> (16.10.2023)

Auswärtiges Amt. (2022d). Feministische Außenpolitik gestalten – Leitlinien des Auswärtigen Amts. Verfügbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2585008/d444590d5a7741acc6e37a142959170e/ll-ffp-data.pdf> (16.10.2023)

Auswärtiges Amt. (2023). Joint Statement on Climate Ambition and Action by Germany and Brazil. Verfügbar unter: <https://www.auswaertiges-amt.de/en/newsroom/news/-/2600458#:~:text=Joint%20Statement%20on%20Climate%20Ambition%20and%20Action%20by%20Germany%20and%20Brazil,-05.06.2023%20%2D%20Press&text=The%20Federal%20Foreign%20Office%20of,Brasilia%20on%205%20June%202023> (16.10.2023)

Bals, C., Becker, M., & Schroeder, C. (2021). FAQs zur Verfassungsbeschwerde. Verfügbar unter: <https://www.germanwatch.org/de/verfassungsbeschwerde> (16.10.2023)

Baerbock, A. (2022). Rede von Außenministerin Annalena Baerbock zur Entwicklung einer Nationalen Sicherheitsstrategie. Verfügbar unter: <https://mink.diplo.de/by-de/themen/politik/humanitaere-zusammenarbeit-de/-/2518006> (16.10.2023)

Beaucamp, L., Nforngwa, E. (2022). Green Hydrogen in Africa: Risks and Benefits. Verfügbar unter: <https://www.germanwatch.org/en/87765> (16.10.2023)

Birol, F. (2023). Peak Fossil Fuel Demand will Happen this Decade. Verfügbar unter: <https://www.ft.com/content/f6155d7b-2ef7-4f62-a08a-b640b7e87fca> (16.10.2023)

Bolliger, M. (2023). Sollten Irans Revolutionswächter auf die EU-Terrorliste? Verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/ausland/iran-sollten-die-revolutionswaechter-auf-die-eu-terrorliste-was-dafuer-spricht-was-dagegen-a-9833a1e8-0873-4815-a75d-959589340000> (16.10.2023)

Bos, J., Gonzales, L., & Thwaites, J. (7. Oktober 2021). Are Countries Providing Enough to the \$100 Billion Climate Finance Goal? WRI. Verfügbar unter: <https://www.wri.org/insights/developed-countries-contributions-climate-finance-goal> (16.10.2023)

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. (2022). Deutschland und Kenia vereinbaren Klima- und Entwicklungspartnerschaft. Verfügbar unter: <https://www.bmz.de/de/aktuelles/aktuelle-meldungen/klima-und-entwicklungspartnerschaft-deutschland-kenia-127672> (16.10.2023)

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. (2023a). Deutschland und Kolumbien vereinbaren Klima- und Energiepartnerschaft. Verfügbar unter: <https://www.bmz.de/de/aktuelles/aktuelle-meldungen/deutschland-kolumbien-vereinbaren-klima-und-energiepartnerschaft-157084> (16.10.2023)

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. (2023b). Gemeinsam mit Afrika Zukunft gestalten. Verfügbar unter: <https://www.bmz.de/resource/blob/137600/bmz-afrika-strategie-de.pdf> (16.10.2023)

Bundesregierung. (2021a). Mehr Fortschritt wagen: Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Berlin. Verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1990812/04221173eef9a6720059cc353d759a2b/2021-12-10-koav2021-data.pdf?download=1> (16.10.2023)

Bundesregierung. (2021b). Political Declaration on the Just Energy Transition in South Africa. Verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1974538/b2264555c87d8cbdd97bd1eb8b16387a/political-declaration-on-the-just-energy-transition-in-south-africa-data.pdf?download=1> (16.10.2023)

Bundesregierung. (2023). Integrierte Sicherheit für Deutschland-Nationale Sicherheitsstrategie. Verfügbar unter: <https://www.nationalesicherheitsstrategie.de> (16.10.2023)

Bundesregierung. (2023). China-Strategie der Bundesregierung. Verfügbar unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/publikationen/china-strategie-2203504> (16.10.2023)

Bundesverfassungsgericht. (2021, März 24). Beschluss des Ersten Senats vom 24. März 2021 - 1 BvR 2656/18 -, Rn. 1-270, http://www.bverfg.de/e/rs20210324_1bvr265618.html (16.10.2023)

Capital. (2023). Ölmultis melden Rekordgewinne-doch ein Ende scheint nah. Verfügbar unter: <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/oelmultis-melden-rekordgewinne---doch-ein-ende-scheint-nah-33184424.html> (16.10.2023)

Caspar, O. (2020). The Climate Crisis – A Russia-EU Cooperation Opportunity. Verfügbar unter: <https://www.germanwatch.org/en/17961> (16.10.2023)

Center for Human Rights in Iran. (2019). Revolutionary Guards Arrest 11 Arab-Iranian Flood Volunteers in Khuzestan Province. Verfügbar unter: <https://iranhumanrights.org/2019/04/revolutionary-guards-arrest-11-arab-iranian-flood-volunteers-in-khuzestan-province> (16.10.2023)

Colenbrander, S., et al. (2021). A Fair Share of Climate Finance? Apportioning Responsibility for the \$100 Billion Climate Finance Goal. ODI. London. Verfügbar unter: www.odi.org/en/publications/a-fair-share-of-climate-finance-apportioning-responsibility-for-the-100-billion-climate-finance-goal (16.10.2023)

Eckstein, D., Künzel, V., & Schäfer, L. (2021). Global Climate Risk Index 2021. Verfügbar unter: <https://www.germanwatch.org/de/19777> (16.10.2023)

Europäische Kommission. (n.d). EU-Africa: Global Gateway Investment Package Verfügbar unter: https://international-partnerships.ec.europa.eu/policies/global-gateway/initiatives-region/initiatives-sub-saharan-africa/eu-africa-global-gateway-investment-package_en#useful-links (16.10.2023)

Evans, S. (2021). Analysis: Which Countries are Historically Responsible for Climate Change? Verfügbar unter: <https://www.carbonbrief.org/analysis-which-countries-are-historically-responsible-for-climate-change> (16.10.2023)

Fuso Nerini, F., et al. (2019). Connecting Climate Action with other Sustainable Development Goals. Verfügbar unter: <https://www.nature.com/articles/s41893-019-0334-y> (16.10.2023)

Gläser, A., Caspar, O. (2021). Less Confrontation, more Cooperation. Verfügbar unter: <https://www.germanwatch.org/sites/default/files/Less%20confrontation%2C%20more%20co-operation%20%28EN%29.pdf> (16.10.2023)

Handelsblatt. (2022). Öl-Konzerne machen enorme Gewinne – und investieren weiter in fossile Energien. Verfügbar unter: <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/oelpreis-oel-konzerne-machen-enorme-gewinne-und-investieren-weiter-in-fossile-energien/28567080.html> (16.10.2023)

Human Rights Watch. (2019). World Report 2019: Rights Trends in Iran. Verfügbar unter: <https://www.hrw.org/world-report/2019/country-chapters/iran> (16.10.2023)

InsuResilience Global Partnership. (2021). Annual Report 2021: Milestones, Achievement and Progress towards Vision 2025. Verfügbar unter: https://www.insuresilience.org/wp-content/uploads/2022/04/InsuResilience-Annual-Report-2021_print.pdf (16.10.2023)

Intergovernmental Panel on Climate Change. (2022a). Climate Change 2022: Impacts, Adaptation and Vulnerability. Intergovernmental Panel on Climate Change. Verfügbar unter: <https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg2> (16.10.2023)

Intergovernmental Panel on Climate Change. (2022b). Sechster IPCC-Sachstandsbericht-AR 6. Verfügbar unter: <https://www.de-ipcc.de/250.php> (16.10.2023)

Intergovernmental Panel on Climate Change. (2023). Climate Change 2023 Synthesis Report-Summary for Policymakers. Verfügbar unter: https://www.ipcc.ch/report/ar6/syr/downloads/report/IPCC_AR6_SYR_SPM.pdf (16.10.2023)

Internal Displacement Monitoring Centre. (2022). Global Report on Internal Displacement 2022. Internal Displacement Monitoring Centre. Verfügbar unter: <https://www.internal-displacement.org/global-report/grid2022> (16.10.2023)

International Energy Agency. (2023). Net Zero Roadmap-A Global Pathway to Keep the 1.5 °C Goal in Reach. Verfügbar unter: https://iea.blob.core.windows.net/assets/13dab083-08c3-4dfd-a887-42a3e533bc/NetZeroRoadmap_AGlobalPathwaytoKeepthe1.5CGoalinReach-2023Update.pdf (16.10.2023)

International Energy Agency. (2023). World Energy Outlook. Verfügbar unter: <https://www.iea.org/reports/world-energy-outlook-2023> (16.10.2023)

International Renewable Energy Agency. (2023). Annual Renewable Power Must Triple until 2030. Verfügbar unter: <https://www.irena.org/News/pressreleases/2023/Jun/Annual-Renewable-Power-Must-Triple-by-2030> (16.10.2023)

Internal Displacement Monitoring Centre. (2023). Global Report on Internal Displacement 2023. Internal Displacement Monitoring Centre. Verfügbar unter: <https://www.internal-displacement.org/global-report/grid2023> (16.10.2023)

- Kemp, L., et al. (2022). Climate Endgame: Exploring Catastrophic Climate Change Scenarios. Verfügbar unter: <https://www.pnas.org/doi/10.1073/pnas.2108146119> (16.10.2023)
- Künzel, V., Schwarz, R., Bals, C. (2022): Ein Frühwarnsystem für Kippunkte im Klimasystem. Germanwatch e. V. Verfügbar unter: <https://www.germanwatch.org/de/87115> (16.10.2023)
- Markandya, A., González-Eguino, M. (2019). Integrated Assessment for Identifying Climate Finance Needs for Loss and Damage: A Critical Review. In: Loss and Damage from Climate Change. Climate Risk Management, Policy and Governance. Verfügbar unter: https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-319-72026-5_14 (16.10.2023)
- Mottale, M. (2010). The Birth of a New Class. Verfügbar unter: <https://web.archive.org/web/20150607031209/http://www.aljazeera.com/focus/2010/04/2010421104845169224.html> (16.10.2023)
- Nacimiento, L., Kuramochi T., & Höhne N. (2022). Emission Projections to 2030 Improved Slightly since the Paris Agreement. Verfügbar unter: <https://link.springer.com/article/10.1007/s11027-022-10018-5> (16.10.2023)
- NATO. (2022a). NATO Releases its Climate Change and Security Impact Assessment. Verfügbar unter: https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_197241.htm (16.10.2023)
- NATO. (2022b). NATO 2022 Strategic Concept. Verfügbar unter: <https://www.nato.int/strategic-concept> (16.10.2023)
- Oxfam. (2021). Carbon Emissions of the Richest 1 Percent More than Double the Emissions of the Poorest Half of Humanity. Verfügbar unter: <https://www.oxfam.org/en/press-releases/carbon-emissions-richest-1-percent-more-double-emissions-poorest-half-humanity> (16.10.2023)
- Oxfam, Brot für die Welt, Care, Germanwatch, & Heinrich Böll Stiftung. (n. d.). FAQs zur deutschen Klimafinanzierung. Deutsche Klimafinanzierung: Der deutsche Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung. Verfügbar unter: <https://www.deutschemklimafinanzierung.de/einfuehrung-klimafinanzierung-aus-deutschland/faqs-zur-deutschen-klimafinanzierung/#faq-3> (16.10.2023)
- Piria, R., Martini, L. (2023). Developing Germany's Partnerships for Transformation. How Can Germany's Energy, Climate, Development and Raw Materials Partnerships become more Transformative for a Resilient Transition to Climate Neutrality. Verfügbar unter: <https://www.ecologic.eu/de/19406> (16.10.2023)
- Ryfisch, D., & Hoffmann, C. (2021). Sustainable Finance – Aufwertung, doch Transformationskraft kann sich noch nicht entfalten. Germanwatch e. V. Verfügbar unter: <https://www.germanwatch.org/de/21249> (16.10.2023)
- Saghir, J. (2023). Three Ways to Bridge the Adaptation Funding Gap in Africa. Verfügbar unter: <https://gca.org/three-ways-to-bridge-the-adaptation-funding-gap-in-africa> (16.10.2023)
- Statista. (2022). Ranking der 20 Länder mit dem größten Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2021. Verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157841/umfrage/ranking-der-20-laender-mit-dem-groessten-bruttoinlandsprodukt> (16.10.2023)
- Sacchetti, I. (2022). Climate Justice Through Human Rights: The Carbon Majors Inquiry. Verfügbar unter: <https://www.rifs-potsdam.de/en/blog/2022/06/climate-justice-through-human-rights-carbon-majors-inquiry> (16.10.2023)
- Schäfer, L., Künzel, V., Harmeling, S., Kowalzig, J., Ryfisch, D. (2022): G7 in 2022: Five Areas for Advancing Climate Finance. Germanwatch e. V. Verfügbar unter: <https://www.germanwatch.org/de/84933> (16.10.2023)

- Schäfer, L., Künzel, V., Ryfisch, D., Opfer, K., Weischer, L., Schwarz, R., Voß, M. (2021). Startschuss für eine explizite und kohärente deutsche Klimaaußenpolitik. Verfügbar unter: <https://www.germanwatch.org/de/21250> (16.10.2023)
- Schloss, C. (2021). Klimamigration: Wie werden Naturkatastrophen in deutschen Asylverfahren berücksichtigt? BDVR-Rundschreiben Zeitschrift Für Die Verwaltungsgerichtsbarkeit. Verfügbar unter: <https://www.bdvr.de/index.php/id-20202021-148.html> (16.10.2023)
- Schultheiß, L. (2023). Amazonas-Regenwald: Welche Auswirkungen hat das Überschreiten des Kipppunkts auf die menschliche Sicherheit. Verfügbar unter: <https://www.germanwatch.org/de/87906> (16.10.2023)
- Schultheiß, L. (2023). Tipping Points and their Impact on Human Security. Verfügbar unter: <https://www.germanwatch.org/en/87904> (16.10.2023)
- Songwe, V., Stern, N., Bhattacharya, A. (2022) Finance for Climate Action: Scaling Up Investment for Climate and Development. Verfügbar unter: <https://www.lse.ac.uk/granthaminstitute/publication/finance-for-climate-action-scaling-up-investment-for-climate-and-development> (16.10.2023)
- Suesser, D. (2022). Die Bundesregierung will „mehr Fortschritt wagen“: Was bedeutet das für grüne Technologien in Deutschland? Verfügbar unter: <https://www.rifs-potsdam.de/de/blog/2022/02/mehr-fortschritt-wagen-gruene-technologien> (16.10.2023)
- Umweltbundesamt. (2022). Grüne Zukunftsmärkte / Umweltschutzwirtschaft. Verfügbar unter: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/wirtschaft-konsum/wirtschaft-umwelt/gruene-zukunftsmärkte-umweltschutzwirtschaft> (16.10.2023)
- United Nations. (1966). International Covenant on Civil and Political Rights. Verfügbar unter: <https://www.ohchr.org/en/instruments-mechanisms/instruments/international-covenant-civil-and-political-rights> (16.10.2023)
- United Nations. (2018). Climate Change: An ‘Existential Threat’ to Humanity, UN Chief Warns Global Summit. Verfügbar unter: <https://news.un.org/en/story/2018/05/1009782> (16.10.2023)
- United Nations. (2022). Promotion and Protection of Human Rights in the Context of Climate Change. Verfügbar unter: <https://www.ohchr.org/en/documents/thematic-reports/a77226-promotion-and-protection-human-rights-context-climate-change> (16.10.2023)
- United Nations. (n. d. a). UN Treaty Bodies Database. <https://bit.ly/33uTx6B> (16.10.2023)
- United Nations. (n. d. b). The 17 Goals: The Sustainable Development Goals. Verfügbar unter: <https://sdgs.un.org/goals> (16.10.2023)
- United Nations Human Rights Committee. (2020). Views adopted by the Committee under article 5 (4) of the Optional Protocol, Concerning Communication No. 2728/2016. Verfügbar unter: <https://digitallibrary.un.org/record/3979204?ln=en> (16.10.2023)
- United Nations Environment Programme (2022). Adaptation Gap Report 2022: Too Little, Too Slow Climate Adaptation Failure Puts World at Risk. Verfügbar unter: <https://www.unep.org/resources/adaptation-gap-report-2022> (16.10.2023)
- United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC). (2023). New Collective Quantified Goal on Climate Finance. Verfügbar unter: <https://unfccc.int/NCOG> (16.10.2023)

United Nations Human Rights Office of the High Commissioner. (n. d.). The Impacts of Climate Change on the Effective Enjoyment of Human Rights. Verfügbar unter: <https://www.ohchr.org/en/climate-change/impacts-climate-change-effective-enjoyment-human-rights> (16.10.2023)

Weischer, L., Morgen, S., Schwarz, R., Voß, M., & Marker, F. (2021). Paris-Partnerschaften: Ein Beitrag zur Neuausrichtung der deutschen Klimaaußenpolitik an den Zielen des Pariser Klima-Abkommens. Verfügbar unter: <https://www.germanwatch.org/de/19693> (16.10.2023)

Weischer, L., Voß, M. (2023). Realistische China-Klima-Politik. Verfügbar unter: <https://www.germanwatch.org/de/87952> (16.10.2023)

Wemanya, A., Opfer, K. (2022). Principles for Just Energy Transition Partnerships in the African Energy Context. Verfügbar unter: https://www.germanwatch.org/sites/default/files/2022_position_paper_jetp_digital.pdf (16.10.2023)

Fundierte Arbeit braucht ein solides Fundament.

Wir stellen unsere Veröffentlichungen zum Selbstkostenpreis zur Verfügung, zum Teil auch unentgeltlich. Dafür spielen Spenden und Mitgliedsbeiträge eine ungemein wichtige Rolle: Diese sichern unsere Unabhängigkeit und ermöglichen uns auch in Zukunft wissenschaftsbasiert und fundiert zu dringenden Themen zu arbeiten. Helfen auch Sie mit!

Einfach Online Spenden: www.germanwatch.org/spenden



Spendenkonto: IBAN: DE95 3702 0500 0003 2123 23, BIC/Swift: BFSWDE33XXX

Fördermitgliedschaft: Eine der wirksamsten Arten zu helfen ist die regelmäßige Unterstützung von Vielen. Sie sichern Planbarkeit und den langen Atem unseres Engagements. Dazu erwarten Sie spannende Hintergrundberichte und aktuellste Nachrichten zur Arbeit von Germanwatch.

www.germanwatch.org/foerdermitglied-werden



Bei Rückfragen sind wir jederzeit gerne für Sie da:
Telefon: 0228/604920, E-Mail: info@germanwatch.org

Germanwatch

Germanwatch ist eine unabhängige Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisation, die sich für eine zukunftsfähige globale Entwicklung einsetzt. Zukunftsfähig, das heißt für uns sozial gerecht, ökologisch verträglich und ökonomisch tragfähig.

Unsere Organisation gibt es seit über 30 Jahren. In dieser Zeit haben wir uns als wirkungsvoller Akteur der Zivilgesellschaft etabliert. So mancher klima- und entwicklungspolitische Meilenstein wäre ohne Germanwatch später oder vielleicht auch gar nicht erreicht worden.

Unsere Themen:

- Klimaschutz, Klimaanpassung, Schäden und Verluste
- Unternehmensverantwortung
- Welternährung, Landwirtschaft und Handel
- Nachhaltige und demokratiefähige Digitalisierung
- Bildung für nachhaltige Entwicklung
- Sustainable Finance
- Klima- und Menschenrechtsklagen

Germanwatch finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuschüssen der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie aus Projektmitteln öffentlicher und privater Zuschussgeber.

Möchten Sie die Arbeit von Germanwatch unterstützen? Wir sind hierfür auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Einfach online spenden:

www.germanwatch.org/spenden

Fördermitgliedschaft:

www.germanwatch.org/foerdermitglied-werden

Bankverbindung / Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft AG,
IBAN: DE95 3702 0500 0003 2123 23,
BIC/Swift: BFSWDE33XXX

Weitere Informationen erhalten Sie unter

www.germanwatch.org

oder bei einem unserer beiden Büros:

Germanwatch – Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn
Telefon +49 (0)228 / 60492-0, Fax -19

Germanwatch – Büro Berlin

Stresemannstr. 72, D-10963 Berlin
Telefon +49 (0)30 / 5771 328-0, Fax -11

E-Mail: info@germanwatch.org



Hinsehen. Analysieren. Einmischen.

Für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen.